

# Sélection d'article sur la politique suisse

Requête	<b>20.04.2024</b>
Thème	<b>Problèmes politiques fondamentaux</b>
Mot-clés	<b>Sans restriction</b>
Acteurs	<b>Metzler, Ruth (cvp/pdc) alt-BR/ex-CF, Couchepin, Pascal (fdp/plr) BR EDI / CF DFI</b>
Type de processus	<b>Sans restriction</b>
Date	<b>01.01.1990 - 01.01.2020</b>

# Imprimer

## Éditeur

Année Politique Suisse  
Institut für Politikwissenschaft  
Universität Bern  
Fabrikstrasse 8  
CH-3012 Bern  
[www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss)

## Contributions de

Bernet, Samuel  
Bühlmann, Marc  
Hirter, Hans

## Citations préféré

Bernet, Samuel; Bühlmann, Marc; Hirter, Hans 2024. *Sélection d'article sur la politique suisse: Problèmes politiques fondamentaux, 2007 - 2017*. Bern: Année Politique Suisse, Institut de science politique, Université de Berne. [www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss), téléchargé le 20.04.2024.

# Sommaire

<b>Chronique générale</b>	1
<b>Eléments du système politique</b>	1
Problèmes politiques fondamentaux	1
Identité nationale	24

## Abréviations

<b>AHV</b>	Alters- und Hinterlassenenversicherung
<b>SECO</b>	Staatssekretariat für Wirtschaft
<b>AUNS</b>	Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz
<b>ETH</b>	Eidgenössische Technische Hochschule
<b>OECD</b>	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
<b>SNB</b>	Schweizerische Nationalbank
<b>EU</b>	Europäische Union
<b>IV</b>	Invalidenversicherung
<b>EDI</b>	Eidgenössisches Departement des Inneren
<b>SGG</b>	Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft
<b>BAV</b>	Bundesamt für Verkehr
<b>UNESCO</b>	Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur
<b>BIP</b>	Bruttoinlandsprodukt
<b>SRG</b>	Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft
<b>KFOR</b>	Kosovo Force
<b>MWST</b>	Mehrwertsteuer
<b>KVG</b>	Bundesgesetz über die Krankenversicherungen
<b>BVG</b>	Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge
<b>FH</b>	Fachhochschule
<b>GAV</b>	Gesamtarbeitsvertrag
<b>GSoA</b>	Gruppe für eine Schweiz ohne Armee
<b>EG</b>	Europäische Gemeinschaft
<b>BNE</b>	Bruttonationaleinkommen
<b>GVO</b>	gentechnisch veränderter Organismus
<b>NFA</b>	Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung
<b>FINMAG</b>	Bundesgesetz über die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht
<b>ETHZ</b>	Eidgenössische Technische Hochschule Zürich
<b>SBG</b>	Schweizerische Bankgesellschaft
<b>ISIS</b>	Informatisiertes Staatsschutz-Informationen-System
<hr/>	
<b>AVS</b>	Assurance-vieillesse et survivants
<b>SECO</b>	Secrétariat d'Etat à l'économie
<b>ASIN</b>	Action pour une Suisse Indépendante et Neutre
<b>EPF</b>	École polytechnique fédérale
<b>OCDE</b>	Organisation de coopération et de développement économiques
<b>BNS</b>	Banque nationale suisse
<b>UE</b>	Union européenne
<b>AI</b>	Assurance-invalidité
<b>DFI</b>	Département fédéral de l'intérieur
<b>SSUP</b>	Société suisse d'utilité publique
<b>OFT</b>	Office fédéral des transports
<b>UNESCO</b>	Organisation des Nations unies pour l'éducation, la science et la culture
<b>PIB</b>	Produit intérieur brut
<b>SSR</b>	Société suisse de radiodiffusion
<b>KFOR</b>	Force pour le Kosovo
<b>TVA</b>	Taxe sur la valeur ajoutée
<b>LAMal</b>	Loi fédérale sur l'assurance-maladie
<b>LPP</b>	Loi fédérale sur la prévoyance professionnelle vieillesse, survivants et invalidité
<b>HES</b>	Haute école spécialisée
<b>CCT</b>	Convention collective de travail
<b>GSsA</b>	Groupe pour une Suisse sans Armée
<b>CE</b>	Communauté européenne
<b>RNB</b>	Revenu national brut
<b>OGM</b>	Organisme génétiquement modifié
<b>RPT</b>	Réforme de la péréquation et de la répartition des tâches

<b>LFINMA</b>	Loi sur l'Autorité fédérale de surveillance des marchés financiers
<b>EPFZ</b>	École polytechnique fédérale de Zürich
<b>UBS</b>	Union de banques suisses
<b>ISIS</b>	Système d'information sécurité intérieure

# Chronique générale

## Eléments du système politique

### Problèmes politiques fondamentaux

### Problèmes politiques fondamentaux

AUTRE  
DATE: 31.12.2007  
HANS HIRTER

**Was prägte 2007 die Schweizer Politik?** Welches waren die bedeutenden Geschäfte im Parlament? Und was hat die politisch interessierte Öffentlichkeit bewegt? Nachfolgend werden die wichtigsten Ereignisse im Jahr 2007 zusammengefasst und anschliessend nach Thema geordnet aufgelistet. Mit den Links gelangen Sie direkt zu diesen im Berichtsjahr zentralen Geschäften und Ereignissen. Vous trouverez ici la version française de cet article.

Das politische Geschehen des Jahres 2007 stand im Zeichen der Gesamterneuerungswahlen für das nationale Parlament und die Regierung, welche im Oktober resp. Dezember stattfanden. Die Zusammensetzung des Bundesrates bildete eines der Hauptthemen der **Parlamentswahlen**. Verantwortlich dafür war primär die SVP, welche ihren Bundesrat Christoph Blocher in einer in der Schweiz noch nie gesehenen Weise in den Wahlkampf einspannte. Nachdem die SVP im Sommer mit Plakaten, auf denen weisse Schafe mit Fusstritten ein schwarzes Schaf aus der Schweiz verjagen, im In- und Ausland grosses Aufsehen erregt hatte, startete sie in den letzten Wochen vor den Wahlen eine neue Kampagne. Mit dem Slogan «Blocher stärken! SVP wählen» machte sie, analog zu ausländischen Wahlkämpfen, ihren de facto Leader zum Hauptthema ihrer sehr aufwändigen Wahlwerbung. Das Ergebnis der Parlamentswahlen gab ihr, wenigstens zum Teil, recht. Sie gewann noch einmal Wähleranteile dazu und kam mit 28.9 Prozent auf das beste Resultat, das je eine Partei bei Nationalratswahlen seit der Einführung des Proporzsystems erzielt hatte. Zu den Siegern gehörten auf der anderen Seite des politischen Spektrums auch die Grünen, die zudem auch erstmals Ständeratssitze erobern konnten. Da sowohl die SP als auch der Freisinn auf der Verliererseite standen, veränderte sich das Kräfteverhältnis zwischen Links und Rechts kaum.

Die äusserst knappe Wahl von **Bundesrat Blocher** im Jahr 2003 nährte die Befürchtungen der SVP, dass er bei den Gesamterneuerungswahlen am 12. Dezember nicht problemlos bestätigt werden könnte. Bereits im Januar hatten die Delegierten der SVP beschlossen, dass SVP-Mitglieder, die vom Parlament anstelle von Blocher gewählt würden, aus der Partei ausgeschlossen würden. Nach den Parlamentswahlen vom Oktober zeigte sich, dass die Parteien, die 2003 Blocher anstelle der Christlichdemokratin Metzler in die Regierung gewählt hatten (SVP, FDP, LP und kleine Rechtsparteien) sogar drei Sitze verloren hatten und recht weit vom absoluten Mehr entfernt waren. Die auf Blocher zentrierte Nationalratswahlkampagne der SVP und der Antrag ihrer Fraktion an die Bundesversammlung, die bisherigen Bundesräte der SP und der CVP nicht wieder zu wählen, verbesserten seine Wahlchancen nicht. Die CVP und die SP gaben bekannt, dass sie zwar jemanden von der SVP in den Bundesrat wählen würden, aber nicht Blocher; welche Person dies sein würde, blieb bis zur Sitzungseröffnung ein Geheimnis. Erst dann portierten sie die Bündner SVP-Regierungsrätin Eveline Widmer-Schlumpf, welche von praktisch allen Abgeordneten der SP, der GP und der CVP unterstützt wurde. Die Vereinigte Bundesversammlung wählte sie im zweiten Wahlgang mit 125 Stimmen bei einem absoluten Mehr von 122, auf den Bisherigen Blocher entfielen 115 Stimmen. Nach einer Bedenkzeit nahm Widmer-Schlumpf am nächsten Tag die Wahl an. Obwohl sie angab, die Wahl akzeptiert zu haben, um den Regierungssitz, der sonst mit grosser Wahrscheinlichkeit an die CVP gegangen wäre, für die SVP zu retten, schloss die SVP-Fraktion sie aus. Der wieder gewählte SVP-Bundesrat Schmid erlitt dasselbe Schicksal, weil er sich nicht mit Blocher solidarisch gezeigt und die Wahl abgelehnt hatte. Damit schaffte zum zweiten Mal innerhalb von vier Jahren ein Regierungsmitglied die Wiederwahl nicht und zudem blieb die stärkste Partei ohne von ihr als legitime Vertreter anerkannte Bundesräte.

Neben diesen spektakulären Wahlen geriet die Sachpolitik etwas in den Hintergrund. Es gab sie aber durchaus. Ein vor allem auch innenpolitisch wichtiges Thema im Rahmen der bilateralen Verträge mit der EU bleibt die **Personenfreizügigkeit**. Im Berichtsjahr endete die fünfjährige Übergangsfrist, welche für die Einwanderung aus den fünfzehn ältesten EU-Staaten noch gewisse Einschränkungen erlaubt hatte. Zudem formulierte der Bundesrat das Mandat, um mit der EU die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die zwei neuen EU-Mitglieder Bulgarien und Rumänien zu verhandeln.

Wirtschaftlich ging es 2007 weiter aufwärts. Das reale **Wirtschaftswachstum** übertraf wie bereits im Vorjahr die 3-Prozent-Marke. Die sehr gute Konjunkturlage wirkte sich spürbar auf die Beschäftigung aus. Die Arbeitslosenquote sank bis zum Jahresende auf 2.7 Prozent. Im letzten Quartal sorgten allerdings Meldungen über Verluste und hohe Abschreibungen bei Grossbanken, darunter auch die schweizerische UBS, für eine gewisse Beunruhigung und zu Befürchtungen, dass der weltweite Wirtschaftsboom zum Erliegen kommen könnte. Rufe der politischen Linken nach mehr Regulierung und staatlicher Kontrolle des Finanzmarktes fanden aber kein Echo. Die von vielen als überrissen empfundenen Löhne und Entschädigungen für Spitzenmanager und Verwaltungsräte einiger privater Unternehmen namentlich aus der Finanzbranche beschäftigten weiterhin eine breite Öffentlichkeit, die Medien und auch die Politik. Der Bundesrat beantragte dem Parlament einen Ausbau der Aktionärsrechte zur Festlegung dieser Vergütungen.

Dank der reichlich sprudelnden Steuereinnahmen präsentierte sich der **Finanzhaushalt** des Bundes in einem guten Licht. Seine Staatsrechnung schloss mit einem Überschuss von mehr als CHF 4 Mia. ab und lag damit weit über dem Budget. Auch der Voranschlag für 2008 sah schwarze Zahlen vor. Gegen den Widerstand der Linken, welche anschliessend das Referendum einreichte, beschloss das Parlament einige Vereinfachungen und Erleichterungen bei der Unternehmenssteuer. Dem seit einigen Jahren verschärften Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen setzte das Bundesgericht engere Grenzen. Es entschied, dass degressive Einkommenssteuern, wie sie der Kanton Obwalden eingeführt hatte, verfassungswidrig sind. Nach einigen Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern der reichen und der ärmeren Kantone verabschiedete das Parlament die Regeln für die Bemessung des neuen Finanzausgleichs.

Das Parlament stimmte dem neuen Elektrizitätsmarktgesetz zu. Die **Marktliberalisierung** erfolgt in zwei Schritten und betrifft in der ersten Phase nur die Grosskonsumenten. Im Gegensatz zum ersten, in der Volksabstimmung gescheiterten Projekt, verzichtete die Linke diesmal auf ein Referendum. Im Bereich der Post gab der Bundesrat die von ihm geplanten weiteren Liberalisierungsetappen bekannt. Mehr Wettbewerb strebt die Landesregierung auch im Immobilienhandel an. Sie beantragte dem Parlament die Aufhebung des Gesetzes, das den Erwerb von Grundstücken und Wohneigentum durch Personen mit Wohnsitz im Ausland einschränkt.

In der **Sozialpolitik** bestätigte das Volk zweimal die Entscheide der bürgerlichen Parlamentsmehrheit gegen den Widerstand der politischen Linken. Es lehnte die Ersetzung der privaten Krankenkassen durch eine staatliche Einheitsversicherung ab und stimmte der 5. Revision der Invalidenversicherung zu. Das Parlament verabschiedete nach langen Debatten die Neuregelung der Spitalfinanzierung. Die Erziehungsdirektoren der Kantone schlossen ihre Arbeiten zur Umsetzung der vom neuen Verfassungsartikel über die Bildung verlangten **Harmonisierung der kantonalen Bildungssysteme** ab. Sie verabschiedeten dazu einstimmig ein Harmos genanntes Konkordat, das die wichtigsten Eckpunkte dieser Reform wie das Eintrittsalter und die Einführung eines Evaluationssystems festhält.

#### **Politische Grundfragen:**

- Die Durchführung einer Bundesfeier auf dem Rütli mit Bundespräsidentin Calmy-Rey beschäftigte die Medien während Monaten.
- Der Nationalrat beschloss einstimmig eine schweizerische Beteiligung an der nächsten Weltausstellung von 2010 in Shanghai (China).
- Trotz Opposition von Links und Rechts hiessen die Luzerner ihre neue Kantonsverfassung gut.

#### **Rechtsordnung:**

- Die Schweizer Demokraten lancierten eine Volksinitiative zur Aufhebung des Antirassismusetzes.
- Das Parlament beschloss, dass die Volkszählung nicht mehr mittels einer Vollerhebung mit Fragebogen durchgeführt wird, sondern auf der Grundlage von Registerdaten.
- Der Bundesrat beantragte, die Staatsschutzorgane mit zusätzlichen Mitteln der Informationsbeschaffung auszustatten.
- Das Parlament sprach sich gegen die SVP-Volksinitiative zum Einbürgerungsverfahren aus.
- Der Kanton Neuenburg führte die Wählbarkeit von Ausländern in kommunale Parlamente und Exekutiven ein.

- Anlässlich einer SVP-Manifestation kurz vor den eidgenössischen Wahlen kam es in Bern zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Gegendemonstranten.
- Das Parlament hiess die Vereinheitlichung der kantonalen Strafprozessordnungen gut.
- Das Parlament verabschiedete die gesetzgeberische Umsetzung der 2004 angenommenen Volksinitiative «für eine lebenslange Verwahrung für nicht therapierbare, extrem gefährliche Sexual- und Gewaltstraftäter».
- Der Ständerat unterstützte die vom Bundesrat vorgeschlagene neue einheitliche Zivilprozessordnung.

#### **Institutionen und Volksrechte:**

- Die Vereinigte Bundesversammlung bestätigte Bundesrat Blocher nicht in seinem Amt und wählte an seiner Stelle die Bündner Regierungsrätin Eveline Widmer-Schlumpf.
- Die bisherige Vizekanzlerin Corina Casanova wurde zur Nachfolgerin der zurücktretenden Bundeskanzlerin Annemarie Huber-Hotz gewählt.
- Der Bundesrat legte dem Parlament seine Vorschläge für eine Neugestaltung der Regeln über die Einsetzung, Wahl und Arbeit der ausserparlamentarischen Kommissionen vor.
- Das Parlament verabschiedete die neuen strengeren Bestimmungen für die Unvereinbarkeit zwischen einem Parlamentsmandat und Tätigkeiten für den Bund oder seine Institutionen.
- Die GPK des Nationalrats untersuchte die Umstände des im Sommer 2006 erfolgten Rücktritts von Bundesanwalt Valentin Roschacher und kritisierte dabei das Verhalten des Justizministers.
- Der Nationalrat resp. seine SPK lehnten parlamentarische Initiativen der SVP für einen Ausbau des Referendumsrechts ab.

#### **Föderativer Aufbau:**

- Das Parlament legte die Regeln zur Berechnung des Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleichs im Rahmen der NFA fest.
- Die Glarner Landsgemeinde bestätigte ihren Beschluss aus dem Vorjahr, aus den bisherigen 25 Gemeinden nur noch drei zu machen.
- Die Assemblée interjurassienne publizierte einen Zwischenbericht.

#### **Wahlen:**

- Bei den Nationalratswahlen gelang der SVP mit 28.9 Prozent Stimmenanteil das beste Ergebnis, das eine Partei seit der Einführung des Proporz je erzielt hat.
- Die SP verlor erheblich an Stimmenanteilen und musste neun Nationalratsmandate abgeben.
- Die FDP erzielte mit 15.8 Prozent das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte und verlor fünf Sitze.
- Die CVP konnte sich stabilisieren und gewann drei Mandate hinzu.
- Die Grünen erzielten ihr bisher bestes Ergebnis und erreichten fast 10 Prozent Stimmenanteil.
- Insgesamt wurde das bürgerliche Lager bei den Nationalratswahlen leicht gestärkt.
- Im Ständerat dagegen konnte die Linke ihre Vertretung leicht verbessern.
- Erstmals zogen zwei Grüne und eine Grünliberale in die kleine Kammer ein.
- Bei den kantonalen Wahlen waren die Grünen die Gewinner, Sitze abgeben mussten FDP und SP.

#### **Aussenpolitik:**

- Das Parlament verabschiedete die Totalrevision des Opferhilfegesetzes.
- Das Parlament wies den Bundesbeschluss über die Beteiligung der Schweiz am Projekt MEDIA der EU für die Periode 2007–13 an den Bundesrat zurück.
- Die Bundesversammlung stimmte dem Beitrag der Schweiz für den Abbau der wirtschaftlichen und sozialen Disparitäten zwischen den EU-Staaten zu.
- Die EU und die Schweiz nahmen Verhandlungen über ein Abkommen über den Elektrizitätsmarkt auf.
- Das Parlament verabschiedete den Rahmenkredit für die Fortführung der humanitären Hilfe.
- Der Aussenhandel entwickelte sich wie bereits im Vorjahr hervorragend.

#### **Landesverteidigung:**

- Der Bundesrat beantragte eine Verlängerung der Beteiligung der Schweiz an der internationalen Friedenstruppe KFOR.
- Das Parlament hiess zwei Projekte zur Realisierung der Armeentwicklung 2008/2011



gut.

- Das Parlament empfahl die Volksinitiative gegen den Lärm von Kampfflugzeugen ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung.
- Das Parlament verabschiedete das Rüstungsprogramm 2007.
- Der Bundesrat führte eine Vernehmlassung zu einer Vereinfachung der Zulassung zum Zivildienst durch.
- Die Regierung gab ein Projekt in die Vernehmlassung, das bei Einsätzen des Zivilschutzes in Notsituationen die sofortige Verwendung von Personen ohne spezifische Zivilschutzausbildung ermöglichen will.

#### **Wirtschaftspolitik:**

- Die Konjunkturlage blieb auch im Berichtsjahr sehr zufriedenstellend.
- Der Bundesrat verzichtete darauf, alle mit der Landeswerbung im Ausland befassten Organisationen unter einem Dach zu vereinen.
- Das Parlament hiess die Vorschläge der Regierung zur Umsetzung der Neuen Regionalpolitik des Bundes gut.
- Der Bundesrat hielt an seiner Absicht fest, das Verbot des Parallelimports patentgeschützter Waren gesetzlich zu verankern.
- Der Bundesrat beantragte, die Rechte der Aktionäre insbesondere im Bereich der Festsetzung der Entlohnung der Unternehmensführung auszubauen.

#### **Geld, Währung und Kredit:**

- Die Nationalbank setzte bis in den Herbst ihre relativ restriktive Geldpolitik fort.
- Das Parlament verabschiedete das neue Bundesgesetz über die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (FINMAG).
- Die schweizerische Grossbank UBS war massiv von der Krise auf dem amerikanischen Hypothekenmarkt betroffen.
- Der Ständerat stimmte einer Verschärfung der gesetzlichen Massnahmen gegen Insidergeschäfte an der Börse zu.

#### **Landwirtschaft:**

- Das Parlament hiess verschiedene Gesetzesvorlagen im Rahmen der Umsetzung der zukünftigen Landwirtschaftspolitik gut.
- Der Milchpreis stieg zum ersten Mal seit 1993 wieder an.
- Das Parlament stimmte, mit einigen Änderungen, dem Bundesbeschluss über den Schutz von Pflanzenzüchtungen zu.
- Der Bundesrat gab zwei Vorprojekte über ein allfälliges Verbot von bestimmten Hunderassen und über Vorschriften für Hundehalter in die Vernehmlassung.
- Der Nationalrat beschloss, auf die Revision des Waldgesetzes nicht einzutreten und die Volksinitiative «Rettet den Schweizer Wald» abzulehnen.

#### **Öffentliche Finanzen:**

- Das Bundesgericht erklärte das degressive Steuermodell des Kantons Obwalden als verfassungswidrig.
- Das Parlament nahm die Beratungen zum Bundesgesetz über die Vereinfachung der Nachbesteuerung in Erbfällen und die Einführung der straflosen Selbstanzeige auf.
- Die Räte verabschiedeten die Unternehmenssteuerreform II.
- Der Bundesrat präsentierte seine Botschaft zur Änderung des Tabaksteuergesetzes.
- Die Staatsrechnung 2007 schloss mit einem Überschuss von CHF 4.1 Mia.
- Das vom Parlament beschlossene Budget 2008 sah einen Einnahmenüberschuss von CHF 1122 Mio. vor.
- Im Rahmen der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) behandelte das Parlament die Botschaft zur Festlegung des Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleichs.

#### **Energie:**

- Der Bundesrat verabschiedete eine mittel- und langfristige Energiestrategie.
- Das Parlament stimmte der Öffnung des Elektrizitätsmarkts definitiv zu und hiess Massnahmen zur Entwicklung der erneuerbaren Energien gut.
- Zum erstenmal seit 1997 ist der Energieverbrauch gesunken.
- Vom 1. Januar 2008 an müssen die Gaskraftwerke ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoss vollständig kompensieren.
- Die Bundesversammlung schloss Bioethanol aus dem Monopol der Eidgenössischen Alkoholverwaltung aus, um Importe zu ermutigen.

#### **Verkehr und Kommunikation:**

- Der Ständerat hat den Aufschub der Reduktion des Alpentransits auf der Strasse

gutgeheissen und eine Einschränkung der bundesrätlichen Kompetenzen bezüglich der Einführung einer Alpentransitbörse verabschiedet.

- Der Bundesrat stellte eine neue Botschaft zur Eisenbahnreform 2 vor.
- Swisscom ist mehrmals wegen Ausnützung der Marktvorherrschaft verurteilt worden.
- Der Bundesrat bestimmte die Marschrichtung der Postliberalisierung.
- Der Nationalrat trat auf das Bundesratsprojekt zur Spezialfinanzierung des Luftverkehrs ein.

#### **Raumplanung und Wohnungswesen:**

- Während der Bundesrat der Volksinitiative zur Beschränkung des Verbandsbeschwerderechts zustimmte, hat der Ständerat sie verworfen.
- Das Parlament verabschiedete die Teilrevision des Raumplanungsgesetzes: bewilligt werden nur Bauten und Anlagen, die zur Erzeugung von Energie aus Biomasse nötig sind.
- Der Bundesrat stellte seine Botschaften zur Aufhebung der Lex Koller und zu flankierenden Massnahmen vor.
- Die beiden Parlamentskammern stritten sich um die Einführung eines steuerprivilegierten Bausparens.

#### **Umweltschutz:**

- Im Frühjahr wurden die Volksinitiativen für eine «wirksame Klimapolitik» und für «menschenfreundliche Fahrzeuge» lanciert.
- Die Räte verabschiedeten im März das Mineralölsteuergesetz; Erd-, Flüssig- und Biogas werden steuerlich begünstigt.
- Im November begann der Rückbau der Sondermülldeponie in Kölliken (AG).
- Das Weinbaugebiet Lavaux (VD) wurde in das Weltkulturerbe der UNESCO aufgenommen.
- Im August wurde die Schweiz von heftigen Unwettern heimgesucht.

#### **Bevölkerung und Arbeit:**

- Die Schweiz verzeichnete die stärkste Bevölkerungszunahme seit Anfang der 90er Jahre.
- Im internationalen Vergleich sind die schweizerischen Beschäftigten mit ihrer Arbeitssituation überdurchschnittlich gut zufrieden.
- Die Arbeitslosenzahl nahm im ganzen Jahresverlauf kontinuierlich ab.
- Der Nationalrat lehnte einen Vorstoss für die Einführung eines Mindestlohns ab.
- Die Gewerkschaft Travailsuisse lancierte eine Volksinitiative für mindestens sechs Wochen Ferien für alle Erwerbstätigen.
- Nachdem die Arbeitgeber des Bauhauptgewerbes den Landesmantelvertrag gekündigt hatten, kam es in mehreren Städten zu Streiks.

#### **Gesundheit, Sozialhilfe, Sport:**

- Der Bundesrat erteilte dem EDI den Auftrag, bis im Herbst 2008 einen Vorentwurf für gesetzliche Bestimmungen zur Stärkung von Prävention und Gesundheitsförderung zu erarbeiten.
- Der Ständerat erteilte dem Bundesrat einen verbindlichen Auftrag zur Regelung der indirekt aktiven Sterbehilfe.
- Das Parlament lehnte die Volksinitiative «Ja zur Komplementärmedizin» ab.
- Das Parlament nahm sowohl das Europarats-Übereinkommen über Menschenrechte und Biomedizin von 1997 als auch das erste Zusatzprotokoll dazu an.
- Der Nationalrat stimmte dem Bundesgesetz zum Schutz vor Passivrauchen zu.
- Der Nationalrat sprach sich für eine Ablehnung ohne Gegenvorschlag der «Hanfinitiative» aus.
- Der Bundesrat beantragte die Ratifikation der UNESCO-Konvention gegen Doping.

#### **Sozialversicherungen**

- Der Ständerat verlangte eine Besserstellung der Witwer in der AHV.
- Das Volk stimmte der 5. IV-Revision zu.
- Der Bundesrat beantragte eine verwaltungsunabhängige Oberaufsicht über die Pensionskassen.
- Volk und Stände sprachen sich sehr deutlich gegen die von der Linken verlangte Einheitskrankenkasse aus.
- Das Parlament verabschiedete die Neuregelung der Spitalfinanzierung.
- Der Bundesrat gab einen Vorentwurf für die Teilrevision des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung in die Vernehmlassung.

#### **Soziale Gruppen:**

- Die SVP lancierte eine Volksinitiative für die automatische Ausweisung von kriminellen Ausländern.
- Die zuständigen Behörden zogen eine positive Bilanz der ersten Erfahrungen mit dem neuen teilrevidierten Asylgesetz.
- Bei den Nationalratswahlen konnten die Frauen ihren Anteil an den Gewählten auf fast 30 Prozent steigern.
- Ein parlamentarischer Vorstoss für einen bezahlten Vaterschaftsurlaub scheiterte im Ständerat.
- Das Parlament befasste sich ausgiebig mit dem «Thema Jugendgewalt».
- Der Bundesrat verabschiedete einen Bericht als Leitlinie für die Alterspolitik.
- Der Bundesrat kündigte einen Evaluationsbericht für die Behindertenpolitik an.

#### **Bildung und Forschung:**

- Das Parlament verabschiedete die Leitlinien, Ziele und Massnahmen zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation.
- Die kantonalen Erziehungsdirektoren haben dem Konkordat zur Harmonisierung der Volksschule (HarmoS) zugestimmt.
- Der Bundesrat wählte einen neuen ETH-Ratspräsidenten und einen neuen Präsidenten der ETH Zürich.
- Das Volkswirtschaftsdepartement bewilligte 64 Gesuche für Masterstudiengänge an den Fachhochschulen.
- Das Parlament verabschiedete das Bundesgesetz über die Erfindungspatente.

#### **Kultur, Sprache, Kirchen:**

- Der Bundesrat präsentierte seine Entwürfe zu einem neuen Kulturförderungsgesetz, zu einem revidierten Pro-Helvetia-Gesetz und zu einem Bundesgesetz über die Museen und Sammlungen des Bundes.
- Das Parlament stimmte einer Teilrevision des Urheberrechts im digitalen Bereich zu.
- Das Parlament verabschiedete ein neues Sprachengesetz.
- Mit Unterstützung der SVP und der EDU lancierten rechtsbürgerliche und evangelikale Kreise eine Volksinitiative «Gegen den Bau von Minaretten».

#### **Medien:**

- Die Räte hiessen in der Sommersession die Weiterführung der indirekten Presseförderung gut.
- Im April wurde das neue Radio- und Fernsehgesetz mit der dazugehörigen Verordnung in Kraft gesetzt.
- Die SRG erhielt eine neue Konzession für die Dauer von 10 Jahren.
- Der Bundesrat definierte die Versorgungsgebiete für regionale TV- und Radiosender und schuf damit die Grundlage für die Verteilung der Gebührengelder, die den privaten Veranstaltern zugute kommen.

AUTRE  
DATE: 31.12.2007  
HANS HIRTER

**Qu'est-ce qui figurait à l'agenda politique suisse en 2007?** Quelles étaient les affaires les plus importantes au Parlement? Et qu'est-ce qui a interpellé le public intéressé par la politique? Les événements les plus importants en 2007 sont résumés ci-dessous et ensuite listés par thème. Les liens vous mèneront directement à ces objets et événements clés de l'année en cours. Hier finden Sie die deutsche Version dieses Artikels.

La vie politique suisse en 2007 a été placée sous le signe du renouvellement du parlement national et du gouvernement lors des élections des mois d'octobre et de décembre. La composition du gouvernement a été l'un des thèmes centraux de la campagne pour **l'élection du parlement**. La responsabilité en incombe principalement à l'UDC, dont le conseiller fédéral Christoph Blocher a participé à la lutte électorale d'une façon inédite dans l'histoire suisse. Après que l'UDC s'est attirée une forte attention, y compris de l'étranger, durant l'été avec des affiches montrant des moutons blancs chassant à coups de pied un mouton noir hors de Suisse, la campagne a pris un tour nouveau quelques semaines avant l'échéance. Avec son slogan « Soutenez Blocher ! Votez UDC ! », l'UDC a fait de son leader le thème principal de sa propagande électorale. Les résultats de l'élection du parlement lui ont donné, du moins en partie, raison. Elle a conquis un électorat encore plus large et obtenu, avec 28.9 pourcent, le meilleur résultat depuis l'introduction du scrutin proportionnel pour les élections au Conseil national. À l'opposé du spectre politique, les Verts ont également compté parmi les vainqueurs, remportant pour la première fois des sièges au Conseil des Etats. Comme tant le PS que le PRD se sont retrouvés sur le banc des perdants, le rapport des forces entre la gauche et la droite n'en a été qu'à peine modifié.

L'élection d'extrême justesse du **conseiller fédéral Blocher** en 2003 alimentait les craintes de l'UDC à l'approche du renouvellement intégral du collège gouvernemental du 12 décembre. En janvier déjà, les délégués du parti avaient décidé que si un membre de l'UDC était élu à la place de Blocher, il serait exclu du parti. Suite aux élections d'octobre, il est apparu que les partis qui avaient élu Blocher à la place de la démocrate-chrétienne Metzler en 2003 (UDC, PRD, PL et des petits partis de droite) avaient perdu trois sièges, voyant la marge par rapport à la majorité absolue se réduire d'autant. La campagne électorale de l'UDC centrée sur Blocher et la recommandation de son groupe parlementaire de ne pas réélire les conseillers fédéraux PDC et PS sortants n'ont pas contribué à l'amélioration de ses chances d'élection. Le PDC et le PS ont fait savoir qu'ils éliraient quelqu'un de l'UDC, mais en aucun cas Blocher. Le nom de cette personne resta secret jusqu'à l'ouverture de la séance. Alors, pratiquement tous les élus du PS, des Verts et du PDC ont voté pour la conseillère d'Etat grisonne Eveline Widmer-Schlumpf, qui a été élue au deuxième tour avec 125 voix contre 115 au sortant Blocher, la majorité absolue étant à 122. Après un temps de réflexion, Widmer-Schlumpf a accepté son élection. Bien qu'elle ait déclaré l'avoir acceptée pour conserver le siège gouvernemental UDC – qui sinon serait vraisemblablement allé au PDC –, le groupe UDC l'a exclue. Le conseiller fédéral UDC réélu Schmid a connu le même sort, au motif qu'il ne s'était pas montré solidaire avec Blocher en ne refusant pas son élection. Ainsi, pour la deuxième fois en quatre ans, un membre du gouvernement n'a pas été réélu et le premier parti du pays s'est retrouvé sans représentant légitime (i.e. reconnu comme tel par le parti) au Conseil fédéral.

A côté de ces élections spectaculaires, les autres sujets politiques ont été quelque peu relégués à l'arrière-plan, malgré leur importance. La **libre circulation des personnes** dans le cadre des relations bilatérales avec l'UE est restée l'un des thèmes les plus importants au niveau de la politique intérieure. Le délai transitoire de cinq ans, qui avait encore permis quelques restrictions relativement à l'immigration issue des quinze plus anciens pays de l'UE, s'est terminé au cours de l'année sous revue. Le Conseil fédéral a en outre défini le mandat quant aux négociations avec l'UE relatives à l'extension de la libre circulation des personnes aux deux nouveaux pays membres de l'UE, la Bulgarie et la Roumanie.

Les bons résultats économiques se sont poursuivis au cours de l'année 2007. A l'instar de l'année précédente, la **croissance économique** réelle a dépassé les 3 pourcent. L'excellente situation conjoncturelle a sensiblement influé sur l'emploi. Le taux de chômage a baissé jusqu'à la fin de l'année pour s'établir à 2.7 pourcent. Au cours du dernier trimestre toutefois, des annonces de pertes au niveau des grandes banques, parmi lesquelles l'UBS, ont fait resurgir certaines inquiétudes quant au fait que le boom économique mondial pourrait dépérir. Les appels de la gauche à plus de régulation et de contrôle étatique des marchés financiers n'ont cependant trouvé aucun écho. Considérés par beaucoup comme trop élevés, les salaires et indemnités perçus par les grands patrons et les membres de conseils d'administration de quelques entreprises privées, ont continué à occuper le devant de la scène médiatique et politique. Le Conseil fédéral a d'ailleurs demandé au parlement de travailler au renforcement du droit des actionnaires dans le cadre de la fixation de ces indemnités.

Grâce à d'excellentes recettes fiscales, les **finances** de la Confédération se sont présentées sous un bon jour. Les comptes de cette dernière ont clôturé avec un excédent de plus de CHF 4 milliards, soit bien au-delà des prévisions budgétaires. Le budget 2008 a également prévu des chiffres noirs. Malgré l'opposition de la gauche, qui a d'ailleurs lancé le référendum ultérieurement, le parlement a adopté des simplifications et des allègements fiscaux au niveau des impôts sur les entreprises. Le Tribunal fédéral a posé des limites plus strictes à la concurrence fiscale entre cantons, qui s'est accrue depuis quelques années. Il a jugé que les impôts dégressifs sur le revenu, tels qu'introduits par le canton d'Obwald, étaient anticonstitutionnels. Suite à quelques altercations entre représentants des cantons riches et ceux des cantons pauvres, le parlement a adopté les règles relatives au dimensionnement de la nouvelle péréquation financière.

Les chambres ont adopté la nouvelle loi sur le marché de l'électricité. Il est prévu que la **libéralisation du marché** s'effectue en deux étapes et ne concerne que les gros consommateurs dans une première phase. La gauche a renoncé, contrairement au premier projet qui a échoué en votation populaire, à lancer cette fois-ci le référendum. En ce qui concerne la Poste, le Conseil fédéral a présenté les nouvelles étapes prévues dans le cadre de la libéralisation du marché. Il vise également à plus de concurrence

dans le domaine de l'immobilier. Le Conseil fédéral a d'ailleurs demandé au parlement d'abolir la loi qui limite l'acquisition de terrains et de la propriété à des personnes ayant leur domicile à l'étranger.

Dans le domaine de la **politique sociale**, le peuple a entériné par deux fois les décisions de la majorité bourgeoise au parlement malgré l'opposition de la gauche. Il a rejeté le remplacement des caisses-maladie privées par une assurance étatique unique et s'est prononcé en faveur de la 5<sup>ème</sup> révision de l'assurance-invalidité. Suite à de longs débats, le parlement a adopté la nouvelle réglementation du financement des hôpitaux.

Les directeurs cantonaux de l'éducation ont terminé leurs travaux sur la mise en œuvre du nouvel article constitutionnel sur la formation, qui demande une **harmonisation des systèmes de formation cantonaux**. Ils ont adopté en outre à l'unanimité un concordat nommée Harnos, qui consigne les principaux points de cette réforme, et notamment l'âge d'entrée à l'école et le système d'évaluation.

#### **Problèmes politiques fondamentaux:**

- La tenue de la Fête nationale sur le Grütli avec la Présidente de la Confédération Micheline Calmy-Rey a occupé les médias durant plusieurs mois.
- Le Conseil national a adopté à l'unanimité une participation de la Suisse à la prochaine Exposition universelle à Shanghai (Chine).
- Malgré l'opposition de la gauche et de la droite, les Lucernois ont adopté leur nouvelle Constitution cantonale.

#### **Ordre juridique:**

- Les Démocrates suisses ont lancé une initiative populaire en faveur de la suppression de la loi contre le racisme.
- Le parlement a décidé que le recensement de la population ne se ferait plus au moyen d'une enquête exhaustive par questionnaire, mais sur la base des données des registres publics.
- Le Conseil fédéral a proposé d'octroyer des moyens supplémentaires aux organes de protection de l'Etat pour leurs activités de collecte de renseignements.
- Le parlement s'est prononcé en défaveur de l'initiative populaire déposée par l'UDC concernant la procédure de naturalisation.
- Le canton de Neuchâtel a introduit le droit d'éligibilité des étrangers pour les mandats législatifs et exécutifs au niveau communal.
- A l'occasion d'une manifestation organisée par l'UDC en ville de Berne peu avant les élections fédérales, de violents heurts sont survenus entre la police et des contre-manifestants.
- Le parlement a approuvé l'unification des procédures pénales cantonales.
- Les chambres ont adopté le projet législatif de mise en œuvre de l'initiative populaire « Internement à vie pour les délinquants sexuels ou violents jugés très dangereux et non amendables » approuvée par le peuple et les cantons en 2004.
- Le Conseil des Etats a soutenu le projet de nouvelle procédure civile unifiée proposé par le Conseil fédéral.

#### **Institutions et droits populaires:**

- L'Assemblée fédérale n'a pas confirmé le conseiller fédéral Christoph Blocher à son poste et a élu à sa place la conseillère d'Etat grisonne Eveline Widmer-Schlumpf.
- La vice-chancelière sortante, Corina Casanova, a été élue pour succéder à la chancelière fédérale démissionnaire Annemarie Huber-Hotz.
- Le Conseil fédéral a présenté au parlement ses propositions pour un réaménagement des règles relatives à la mise en place, l'élection et le travail des commissions extraparlimentaires.
- Le parlement a adopté les nouvelles dispositions plus strictes relatives à l'incompatibilité entre un mandat parlementaire et des activités au sein de la Confédération ou de ses institutions.
- La Commission de gestion du Conseil national a examiné les circonstances en rapport avec le retrait du Procureur général de la Confédération Valentin Roschacher en été 2006, et a émis des critiques à l'égard du comportement du ministre de la justice.
- La Commission des institutions politiques du Conseil national a rejeté les initiatives parlementaires de l'UDC relatives à un renforcement du droit de référendum.

#### **Structures fédéralistes:**

- Le parlement a fixé les règles relatives à la péréquation des ressources et à la compensation des charges dans le cadre de la RTP.
- La Landsgemeinde glaronaise a confirmé sa décision prise l'année passée de

fusionner les 25 anciennes communes en trois.  
– L'Assemblée interjurassienne a publié un rapport intermédiaire.

#### **Elections:**

– Avec un pourcentage de voix de 28.9 pourcent lors des élections au Conseil national, l'UDC a réussi le meilleur résultat électoral pour un parti depuis l'introduction du système proportionnel.  
– Le PS a connu un déclin important et a dû céder 9 sièges au Conseil national.  
– Avec 15.8 pourcent des voix, le PRD a atteint le plus mauvais résultat de son histoire et a perdu 5 sièges.  
– Le PDC a pu se stabiliser et a gagné trois sièges.  
– Les Verts ont atteint leur meilleur résultat jusqu'ici avec presque 10 pourcent des voix.  
– Dans l'ensemble, le camp bourgeois s'est légèrement renforcé lors des élections au Conseil national.  
– Au Conseil des Etats en revanche, la gauche a légèrement augmenté sa représentation.  
– Pour la première fois, deux Verts et une Verte libérale sont entrés au Conseil des Etats.  
– Si les Verts ont gagné des sièges lors des élections cantonales, le PRD et le PS ont dû céder des sièges de leur côté.

#### **Politique étrangère:**

– Le parlement a mis sous toit la révision de la loi sur l'aide aux victimes d'infractions.  
– Les chambres ont renvoyé au Conseil fédéral l'arrêté fédéral relatif à la participation de la Suisse au programme MEDIA de l'UE pour les années 2007 à 2013.  
– Les chambres ont adopté l'arrêté fédéral relatif à la contribution de la Suisse à l'atténuation des disparités économiques et sociales dans l'UE.  
– La Suisse et l'UE ont ouvert des négociations en vue d'un accord sur le marché de l'électricité.  
– Le parlement a approuvé le financement de la continuation de l'aide humanitaire internationale.  
– Le commerce extérieur suisse a connu, à l'instar de l'année précédente, une année faste.

#### **Armée:**

– Le Conseil fédéral a proposé la prolongation de la participation de la Suisse à la KFOR.  
– Les chambres ont adopté les deux projets concrétisant la réalisation de l'étape de développement 2008/2011 de l'armée suisse.  
– Le parlement a rejeté l'initiative populaire « Contre le bruit des avions de combat à réaction dans les zones touristiques » sans contre-projet.  
– Le programme d'armement 2007 a été adopté par les chambres.  
– Le Conseil fédéral a bouclé la consultation sur la simplification de la procédure d'admission au service civil.  
– Il a également lancé une procédure de consultation concernant une initiative parlementaire sur l'engagement de personnel de la protection civile non formé en cas de catastrophe ou d'urgence.

#### **Politique économique:**

– La conjoncture est demeurée très favorable durant l'année sous revue.  
– Le Conseil fédéral a renoncé à réunir sous un même toit toutes les organisations chargées de la promotion de la Suisse à l'étranger.  
– Le parlement a approuvé les propositions du gouvernement concernant la réalisation de la nouvelle politique régionale de la Confédération.  
– Le Conseil fédéral a réaffirmé sa volonté d'inscrire dans la loi l'interdiction de l'importation parallèle de produits brevetés.  
– Le Conseil fédéral a proposé de renforcer les droits des actionnaires, notamment en matière de fixation de la rémunération des cadres dirigeants.

#### **Crédit et monnaie:**

– La BNS a poursuivi sa politique monétaire relativement restrictive jusqu'en automne.  
– Le parlement a adopté la nouvelle loi fédérale sur l'Autorité fédérale de surveillance des marchés financiers (LFINMA).  
– Le géant bancaire UBS a été massivement frappé par la crise du marché hypothécaire américain.  
– Le Conseil des Etats a accepté un durcissement des mesures légales à l'encontre du

délit d'initié en bourse.

#### **Agriculture:**

- Les chambres ont adopté plusieurs projets de loi relatifs à l'évolution de la future politique agricole (PA 2011).
- Pour la première fois depuis 1993, le prix du lait a augmenté.
- Les chambres ont adopté, non sans quelques modifications, l'arrêté fédéral relatif à l'approbation de la Convention internationale révisée pour la protection des obtentions végétales et à la modification de la loi sur la protection des variétés.
- Deux projets concernant une éventuelle interdiction des chiens dangereux et les mesures à prendre à l'égard de leurs détenteurs ont été mis en consultation.
- Le Conseil national a décidé de ne pas entrer en matière sur le projet de révision de la loi fédérale sur les forêts et a rejeté l'initiative populaire intitulée « Sauvez la forêt suisse ».

#### **Finances publiques:**

- Le Tribunal fédéral a jugé que le modèle fiscal dégressif du canton d'Obwald était anticonstitutionnel.
- Le parlement a débuté l'examen de la loi fédérale sur la simplification du rappel d'impôt en cas de succession et sur l'introduction de la dénonciation spontanée non punissable.
- Les chambres ont adopté la deuxième réforme de l'imposition des entreprises.
- Le Conseil fédéral a présenté son message relatif à la modification de la loi fédérale sur l'imposition du tabac.
- Les comptes de la Confédération pour l'année 2007 ont bouclé sur un excédent de CHF 4.1 milliards.
- Le budget 2008 adopté par le parlement prévoit un surplus de recettes de CHF 1122 millions.
- Dans le cadre de réforme de la péréquation financière et de la répartition des tâches entre la Confédération et les cantons (RPT), le parlement a examiné le message concernant la dotation de la péréquation des ressources, de la compensation des charges et de la compensation des cas de rigueur.

#### **Energie:**

- Le Conseil fédéral a adopté une stratégie énergétique à moyen et long terme.
- Le parlement a approuvé définitivement la libéralisation du marché électrique et adopté des mesures de promotion des énergies renouvelables.
- Pour la première fois depuis dix ans, la consommation d'électricité a baissé (de 0.6 %) en 2007.
- À partir du 1er janvier 2008, les centrales alimentées au gaz devront compenser intégralement leurs émissions de CO<sub>2</sub>.
- Le parlement a décidé d'exclure le bioéthanol du monopole de la Régie fédérale des alcools pour en faciliter l'importation.

#### **Transports et communications:**

- Le Conseil des Etats a approuvé le report de la réduction du transit routier alpin et décidé de restreindre les compétences du Conseil fédéral concernant l'introduction d'une bourse du transit alpin.
- Suite au refus de 2005, le Conseil fédéral a présenté un nouveau message sur la réforme des chemins de fer 2.
- Swisscom a subi plusieurs condamnations pour abus de position dominante.
- Le Conseil fédéral a fixé la marche à suivre pour la libéralisation du marché postal.
- Le Conseil national est entré en matière sur le projet gouvernemental de financement spécial en faveur du trafic aérien.

#### **Aménagement du territoire et logement:**

- Alors que le Conseil fédéral a accepté l'initiative populaire visant à restreindre le droit de recours des organisations, le Conseil des Etats l'a refusée.
- Le parlement a approuvé la révision partielle de la loi sur l'aménagement du territoire: seules les installations de production de compost destiné à la production de biogaz seront autorisées en zone agricole.
- Le Conseil fédéral a présenté ses projets d'abrogation de la Lex Koller et de mesures d'accompagnement de celle-ci.
- Les Chambres se sont affrontées au sujet de l'introduction d'une épargne-logement fiscalement déductible.

#### **Protection de l'environnement:**



- En début d'année, les initiatives « Pour un climat sain » et « Pour des véhicules plus respectueux des personnes » ont été lancées.
- Les chambres ont adopté la révision de la loi sur l'imposition des huiles minérales ; des déductions fiscales seront appliquées au gaz naturel, au gaz liquide et au biogaz.
- L'assainissement de la décharge de déchets dangereux de Kölliken (AG) a débuté en novembre.
- Le vignoble de Lavaux (VD) a été inscrit au Patrimoine mondial de l'UNESCO.
- La Suisse a été frappée par de violentes intempéries au mois d'août.

#### **Population et travail:**

- La Suisse a enregistré sa plus forte croissance démographique depuis le début des années 1990.
- En comparaison internationale, la satisfaction des Suisses par rapport à leur situation professionnelle est supérieure à la moyenne.
- Le nombre de chômeurs a continué à baisser tout au long de l'année sous revue.
- Le Conseil national a rejeté une proposition visant à instituer un salaire minimum.
- Le syndicat Travailsuisse a lancé une initiative populaire visant à octroyer six semaines de vacances à tous les actifs.
- Après la dénonciation de la convention collective nationale par les employeurs du secteur de la construction, des grèves ont été organisées dans plusieurs villes.

#### **Santé, assistance sociale, sport:**

- Le Conseil fédéral a chargé le DFI de présenter d'ici l'automne 2008 un avant-projet de loi pour renforcer les efforts en matière de prévention et de promotion de la santé.
- Le Conseil des Etats a chargé le Conseil fédéral de présenter un projet de réglementation dans le domaine de l'assistance au suicide.
- Le parlement a refusé l'initiative populaire « Oui aux médecines complémentaires ».
- Le parlement a accepté la Convention du Conseil de l'Europe sur les Droits de l'Homme et la biomédecine du 4 avril 1997, ainsi que le protocole additionnel afférent.
- Le Conseil national a approuvé la loi fédérale sur la protection contre la fumée passive.
- Le Conseil national s'est exprimé en faveur du rejet sans contre-projet de l'initiative populaire « Pour une politique raisonnable en matière de chanvre protégeant efficacement la jeunesse ».
- Le Conseil fédéral a proposé de ratifier la Convention de l'UNESCO contre le dopage.

#### **Assurances sociales**

- Le Conseil des Etats a réclamé des améliorations pour les veufs dans le cadre de l'AVS.
- Le peuple a accepté la 5ème révision de l'AI.
- Le Conseil fédéral a proposé une supervision indépendante des caisses de pension.
- Le peuple et les cantons se sont prononcés très clairement contre la proposition de caisse unique de la gauche.
- Le parlement a adopté la nouvelle législation relative au financement des hôpitaux.
- Le Conseil fédéral a mis en consultation un avant-projet de révision partielle de la loi sur l'assurance-chômage.

#### **Groupes sociaux:**

- L'UDC a lancé une initiative populaire pour le renvoi des étrangers criminels.
- Les autorités compétentes ont tiré un bilan positif des premiers résultats de la révision partielle de la loi sur l'asile.
- Lors des élections au Conseil national, la proportion de femmes élues a crû pour s'établir à près de 30 Prozent.
- Le Conseil des Etats a rejeté une motion du Conseil national pour un congé paternité payé.
- Le parlement s'est saisi de la thématique de la « violence juvénile ».
- Le Conseil fédéral a adopté un rapport sur les lignes directrices de la politique de la vieillesse.
- Le Conseil fédéral a annoncé un rapport d'évaluation sur la politique en matière des handicapés.

#### **Enseignement et recherche:**

- Le parlement a adopté les lignes directrices, les objectifs et les mesures d'encouragement de la formation, de la recherche et de l'innovation.
- Les directeurs cantonaux de l'éducation ont approuvé le concordat sur l'harmonisation de la scolarité obligatoire (HarmoS).
- Le Conseil fédéral a élu un nouveau président du conseil des EPF et un nouveau



président de l'EPFZ.

- Le Département fédéral de l'économie a donné l'autorisation de démarrer 64 filières d'études master dans les hautes écoles spécialisées (HES).
- Le parlement a adopté la loi fédérale sur les brevets d'invention.

#### **Culture, langues, églises:**

- Le Conseil fédéral a présenté ses projets de nouvelle loi sur l'encouragement à la culture, de révision de la loi Pro Helvetia, et de loi sur les musées et les collections de la Confédération.
- Le parlement a adopté une révision partielle du droit d'auteur dans le domaine digital.
- Les chambres ont adopté une nouvelle loi sur les langues nationales.
- Avec le soutien de l'UDC et de l'UDF, des milieux proches de la droite bourgeoise et des églises libres ont lancé une initiative populaire « Contre la construction de minarets ».

#### **Médias:**

- Lors de la session d'été, les chambres se sont prononcées en faveur de la poursuite de l'encouragement indirect à la presse écrite.
- La nouvelle loi sur la radio et la télévision (et le règlement qui s'y rapporte) est entrée en vigueur au mois d'avril.
- La SSR a obtenu une nouvelle concession pour une durée de dix ans.
- Le Conseil fédéral a défini les zones géographiques desservies pour les émetteurs radio et TV, et créé les bases pour la répartition des redevances dont les chaînes privées bénéficient.

AUTRE  
DATE: 31.12.2010  
MARC BÜHLMANN

**Was prägte 2010 die Schweizer Politik?** Welches waren die bedeutenden Geschäfte im Parlament? Und was hat die politisch interessierte Öffentlichkeit bewegt? Nachfolgend werden die wichtigsten Ereignisse im Jahr 2010 zusammengefasst und anschliessend nach Thema geordnet aufgelistet. Mit den Links gelangen Sie direkt zu diesen im Berichtsjahr zentralen Geschäften und Ereignissen. Vous trouverez ici la version française de cet article.

Im fünften Jahr in Folge kam es 2010 zu einer **Umbildung der Regierung**. Nach dem Rücktritt von Bundesrat Deiss (cvp) 2006, der Nichtwiederwahl von Bundesrat Blocher (svp) 2007 sowie den Rücktritten von Samuel Schmid (svp) 2008 und Pascal Couchepin (fdp) 2009, demissionierten 2010 erneut zwei Bundesräte. Moritz Leuenberger (sp) und Hans-Rudolf Merz (fdp) wurden durch Simonetta Sommaruga (sp) und Johann Schneider-Ammann (fdp) ersetzt. Beide Sitze wurden von der SVP angegriffen. Der Sitz der FDP wurde zudem von den Grünen streitig gemacht. Weder Jean-François Rime (svp) noch Brigit Wyss (gp) erhielten aber die nötigen Stimmen. Ob die Regierungszusammensetzung von 2010 nun ein wenig stabiler bleibt als die vorangehenden, ist höchst fragwürdig. Erstens wird ein Rücktritt von Micheline Calmy-Rey (sp) auf Ende der Legislatur erwartet und zweitens wird die Verteilung der Sitze unter den Parteien von der SVP nach wie vor heftig kritisiert. Sie moniert, dass sie als fraktionsstärkste Partei ein Anrecht auf mehr als einen Sitz habe. Die National- und Ständeratswahlen von 2011 versprechen auch unter dem Gesichtspunkt der Regierungszusammensetzung spannend zu werden.

Mit den Neubesetzungen in der Exekutive kam es knapp 40 Jahre nach Einführung des Frauenstimmrechts erstmals in der Geschichte der Schweiz zu einer **Frauenmehrheit** in der Regierung. Vier der sieben Magistratinnen sind Frauen. Zudem wurden im Berichtsjahr die drei höchsten politischen Ämter von Frauen besetzt. Als Bundespräsidentin amtierte Doris Leuthard (cvp), als Nationalratspräsidentin Pascale Bruderer Wyss (sp) und als Ständeratspräsidentin Erika Forster-Vannini (fdp). Allerdings sind die Frauen in den nationalen und kantonalen Parlamenten nach wie vor deutlich in der Minderheit. Nach den kantonalen Parlamentswahlen, die in acht Kantonen stattfanden, waren die Frauenanteile sogar rückläufig.

Das Berichtsjahr stand im Zeichen der Aufarbeitung der verschiedenen **Krisen** der Vorjahre. Der Bundesrat musste für sein Krisenmanagement viel Kritik einstecken. Ihm wurden Führungsdefizite, mangelndes gegenseitiges Vertrauen im Kollegium und eine schlecht koordinierte Informationspolitik vorgeworfen. Die UBS-Krise, die Libyen-Krise, die zuerst unkoordinierten Rücktrittswünsche der Bundesräte Leuenberger und Merz sowie die grosse Rochade bei der Departementsverteilung wurden als Zeichen eines Konkordanz- und Kollegialitätsverlusts gedeutet. Die Lancierung einer Initiative für die

Volkswahl des Bundesrates und zahlreiche Vorstösse für eine Regierungsreform waren die Folgen.

Auch in der **Aussenpolitik** galt es im Berichtsjahr, Krisen aufzuarbeiten. Infolge der Aufweichung des Bankgeheimnisses im Rahmen der Übernahme der OECD-Standards bei der Amtshilfe in Steuersachen wurden mit zahlreichen Staaten Doppelbesteuerungsabkommen abgeschlossen. Das Amtshilfeabkommen mit den USA musste in einen Staatsvertrag umgewandelt werden, in dem sich die Schweiz zur Herausgabe von UBS-Kundendaten verpflichtete. Das Parlament tat sich mit der nachträglichen Annahme dieses Vertrages sehr schwer. Insbesondere SVP und SP wollten ihre Zusage an Bedingungen knüpfen. Die SP hatte aber weder mit ihrer Forderung nach strengeren Regeln für den Bankensektor noch nach Beschränkungen der Manager-Boni Erfolg. Nach langem Hin und Her und einer Kehrtwende der SVP wurde der Vertrag schliesslich gutgeheissen, ohne dass er dem Referendum unterstellt wurde.

Die **EU** fuhr fort, das schweizerische Steuersystem zu attackieren und verlangte einen automatischen Informationsaustausch in Steuerfragen. Sie machte auch deutlich, dass der bilaterale Weg an Grenzen stosse und drohte, dass sie nicht mehr bereit sei, über zahlreiche unterschiedliche Dossiers zu verhandeln. Der Bundesrat machte in seinem Bericht zur Europapolitik allerdings deutlich, dass er am bilateralen Weg festhalten will.

Der Bundesrat legte 2010 den **Armeebereich** vor, der eine Verkleinerung des Bestandes auf 80'000 Mann und jährliche Gesamtausgaben von CHF 4.4 Mia. vorsieht. Der Kauf einer neuen Kampfjetflotte wurde hingegen aufgrund fehlender Mittel auf 2015 verschoben, woraufhin die GSoA ihre Initiative für ein Moratorium für die Anschaffung von Kampfflugzeugen zurückzog.

Im Berichtsjahr war in der Schweiz ein **konjunktureller Aufschwung** zu verzeichnen. Das nominelle BIP nahm um 2 Prozent zu. Die Wirtschaftsleistung pendelte sich auf den Vorkrisenwerten ein. Der Aufschwung schlug sich auch in der **Staatsrechnung** nieder, die – entgegen aller Erwartungen – mit einem Überschuss von CHF 3.6 Mia abschloss. Die Staatsquote sank leicht um 0.1 Prozent. Die Arbeitslosigkeit sank von 4.5 Prozent auf 3.8 Prozent, lag aber im Vergleich zum Vorjahr im Schnitt um 0.2 Prozentpunkte höher. Die Nationalbank trug mit ihrer expansiven Geldmengenpolitik zum Aufschwung bei. Die europäische Staatsschuldenkrise und die unsichere Entwicklung der Wirtschaft in den USA hatten jedoch zur Folge, dass der Franken gegenüber dem Euro und dem US-Dollar massiv an Wert gewann. Die Nationalbank intervenierte deshalb im Frühling massiv am Devisenmarkt, um die Exportwirtschaft zu stützen. Während des Berichtsjahres gewann der Franken gegenüber dem Euro um 17 Prozent und gegenüber dem Dollar um 11 Prozent an Wert, was sich ab der zweiten Jahreshälfte konjunkturdämpfend auswirkte.

Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger wurden im Berichtsjahr zum Entscheid über sieben Vorlagen an die **Urne** gerufen. Unterschiedlichen Erfolg hatte die Linke, die zusammen mit den Gewerkschaften Referenden gegen **Reformen in den Sozialversicherungen** eingereicht hatten. Während das Referendum gegen die Anpassung des BVG-Mindestumwandlungssatz erfolgreich war, wurde die Änderung im Arbeitslosenversicherungsgesetz, die Kürzungen in Dauer und Höhe der Taggelder vorsieht, gegen die Opposition der Linken gutgeheissen. Wenig umstritten war der Verfassungsartikel über die **Forschung am Menschen**, der dem Bund die Möglichkeit gibt, Forschungsvorhaben gesamtschweizerisch zu regeln sowie den Schutz von Würde und Persönlichkeit des Menschen und die Gewährleistung von wissenschaftlicher Freiheit in der Verfassung zu verankern. Die Vorlage, die dem obligatorischen Referendum unterstand, wurde mit über drei Viertel der Stimmen angenommen. Drei **Initiativen** standen zur Abstimmung. Weder die Tierschutzanwaltsinitiative, welche die Einsetzung kantonaler Tierschutzanwälte gefordert hatte, noch die Steuergerechtigkeitsinitiative, die eine Einschränkung des Steuerwettbewerbs zwischen den Kantonen vorgesehen hätte, fanden Gehör. Erfolgreich war hingegen die Ausschaffungsinitiative der SVP. Die Vorlage verlangt, dass Ausländerinnen und Ausländer, die aufgrund bestimmter Straftaten verurteilt wurden, ihre Aufenthaltsansprüche verirken und aus der Schweiz ausgewiesen werden. Im Vorfeld der Abstimmung kam es im Parlament zu intensiven Debatten über die Gültigkeit der Vorlage und über einen Gegenvorschlag. Dieser kam zwar zustande, wurde an der Urne jedoch abgelehnt. Die Ausschaffungsinitiative, aber auch die im Vorjahr angenommene Minarettinitiative sowie die im Berichtsjahr allerdings zurückgezogene Initiative zur Einführung der Todesstrafe beförderten die Diskussion über die Vereinbarkeit von Volksinitiativen mit internationalen Abkommen sowie dem Völker- und Menschenrecht.

Während auf der einen Seite Möglichkeiten für eine bessere Prüfung dieser Vereinbarkeit diskutiert wurden, die bis hin zum Vorschlag eines Verfassungsgerichts reichten, versuchte auf der anderen Seite insbesondere die SVP mit verschiedenen erfolglosen Vorstössen Regelungen einzuführen, die Landesrecht zwingend über Völkerrecht stellen würden.

#### **Politische Grundfragen:**

- In Zukunft soll zu Beginn einer Legislaturperiode im Parlament die Nationalhymne gespielt werden.
- Die grössten Sorgen in der Bevölkerung sind die Angst vor Arbeitslosigkeit und vor dem Klimawandel.
- Der Schweizer Pavillon an der Weltausstellung lockte zahlreiche Besucher an.

#### **Rechtsordnung:**

- Im Rahmen der Revision des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes wurde über Datenschutz debattiert.
- Der Bericht über die Inspektion der Datenbank ISIS weckte Erinnerungen an die Fichenaffäre in den 1990er Jahren.
- In mehreren Kantonen wurde die Einführung des kantonalen oder kommunalen Ausländerstimmrechts deutlich abgelehnt.
- Die Verschärfung des Strafrechts war Gegenstand verschiedener überwiesener Vorstösse.
- Das Alarmsystem bei Kindesentführungen soll Anfang 2011 funktionstüchtig sein.
- Die Internetkriminalität und die bisher unzulänglichen Instrumente dagegen waren Gegenstand intensiver Debatten.
- Einer Petition des Verbands Schweizerischer Polizeibeamter wurde Folge gegeben.
- Die Räte befassten sich mit der Waffeninitiative.

#### **Institutionen und Volksrechte:**

- Gleich zwei Bundesräte traten im Berichtsjahr zurück: das Parlament wählte für Moritz Leuenberger und Hans-Rudolf Merz Simonetta Sommaruga (SP) und Johann Schneider-Ammann (FDP); Kampfkandidaturen der SVP und der Grünen blieben ohne Erfolg.
- Bei der Departementsverteilung kam es zu einer grossen Rochade.
- Zahlreiche Vorstösse forderten eine umfassende Regierungsreform; der Bundesrat reagierte mit einem ersten Vorschlag.
- Die Bundesversammlung soll in Zukunft bei Notverordnungen besser und schneller informiert werden.
- Eine Verordnung soll helfen, die Repräsentation der Landessprachen in der Verwaltung zu verbessern.
- Das Parlament erteilt sich die Kompetenz, die Bundesanwaltschaft und ihre Aufsichtsbehörde selbst zu wählen.
- Kontrovers diskutiert wurde das Problem der Vereinbarkeit von Volksinitiativen mit dem Völkerrecht.

#### **Föderativer Aufbau:**

- Der Trend zu stärkerer Nutzung von Standesinitiativen hält an.
- Die Anzahl Gemeinden nimmt aufgrund von Fusionen weiter ab.
- In den beiden Basel und im Arc jurassien wird über Kantonsfusionen nachgedacht.
- Der Tessiner Ständerat Dick Marty wird neuer Präsident der Assemblée interjurassienne.

#### **Wahlen:**

- In den Kantonen Bern, Glarus und Graubünden traten erstmals BDP und SVP gegeneinander an. Beide Parteien profitierten vom Wahlkampf.
- Die GLP eroberte Parlamentssitze in drei weiteren Kantonen.
- In Bern kann sich die rot-grüne Regierungsmehrheit halten.
- In Appenzell Innerrhoden wurde zum zweiten Mal eine Frau in die Regierung gewählt.
- Die SVP erobert weitere Regierungssitze: in Nidwalden und Zug errang sie ein zweites Regierungsmandat und bei den Ersatzwahlen in Uri schaffte sie zum ersten Mal den Einzug in die Regierung.

#### **Aussenpolitik:**

- Das Parlament beauftragte den Bundesrat, die gesetzlichen Grundlagen so anzupassen, dass die Regierung nicht mehr im Alleingang internationale Verträge abschliessen kann.
- Der Bundesrat schlug einen Gegenvorschlag zur Initiative der AUNS vor, welche die

Volksrechte in der Aussenpolitik stärken will.

- Die EU attackierte das fiskalische System der Schweiz wiederholt und verlangte einen automatischen Informationsaustausch in Steuerfragen.
- In seinem Bericht zur Europapolitik hielt der Bundesrat fest, dass der bilaterale Weg für die Schweiz auf kurze Sicht die gangbarste Variante sei.
- Das Parlament verlangte vom Bundesrat Vorschläge, wie die bis zum Jahr 2015 geplante Erhöhung der Entwicklungshilfe auf 0.5 Prozent des BIP erreicht werden kann.
- Die beiden in Libyen festgehaltenen Schweizer Geiseln wurden freigelassen, nachdem der Konflikt auf europäisches Niveau gehoben wurde. Der Bundesrat wurde für sein Krisenmanagement scharf kritisiert.

#### **Landesverteidigung:**

- Der Bundesrat veröffentlichte den Bericht über die Sicherheit, der wegen fehlender politischer Linie stark kritisiert wurde. Der Ständerat nahm ihn mit Skepsis zur Kenntnis.
- Nach mehreren Verschiebungen hat die Regierung ihren Bericht über die Armee vorgestellt, der die Reduktion des Bestandes der Armee um 80'000 und die Aufrechterhaltung des jährlichen Budgets in der Höhe von CHF 4.4 Mia. empfiehlt.
- Das Parlament hat die Anpassung des Gesetzes über die Armee und die militärische Administration angenommen.
- Das Parlament hat mehrere Motionen angenommen, welche sich mit der Überarbeitung der vorgesehenen Modifikationen zur Unterzeichnung des Übereinkommens von Oslo über Streumunition beschäftigten.
- Aus budgetären Gründen verschob der Bundesrat den Ersatz der F-5 Tiger auf unbestimmte Zeit.
- Die Zunahme der Zahl der Gesuche um Zivildienst hat eine Reihe von parlamentarischen Vorstössen erzeugt. Ein bundesrätlicher Bericht kam jedoch zum Schluss, dass die Bestände der Armee dadurch nicht in Gefahr seien.

#### **Wirtschaftspolitik:**

- Die Schweizerische Wirtschaftsleistung hat sich 2010 mit Ausnahme der Warenexporte auf den Vorkrisenwerten stabilisiert.
- Die europäische Staatsschuldenkrise und die allgemeine Wirtschaftsschwäche der USA beflügeln den Frankenkurs und drücken auf die Margen der Exportwirtschaft.
- Das Cassis-de-Dijon-Prinzip tritt in Kraft, bewegt bezüglich Lebensmittelqualität aber nach wie vor die Gemüter.
- Der Bundesrat beabsichtigt über eine vorgezogene Teilrevision des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen, den Mehrkosten entgegenzuwirken, die der öffentlichen Hand durch blockierte Vergabeentscheide entstehen.
- Die Uneinigkeit der Räte im Umgang mit der «Abzocker-Initiative» verkompliziert und verzögert die Revision des Aktien- und Rechnungslegungsrechts.

#### **Geld, Währung und Kredit:**

- Die Nationalbank hielt an ihrer expansiven Geldmengenpolitik fest und verzeichnet einen Konzernverlust von CHF 19.2 Mia.
- Der Schweizer Franken gewinnt massiv an Wert.
- Das Systemrisiko durch die Grossbanken («too-big-to-fail») wird über eine Revision des Bankengesetzes angegangen.
- Nach umfangreichen politischen Taktierereien der Flügelparteien nimmt das Parlament den Staatsvertrag Schweiz-USA in Sachen UBS in extremis an.
- Das Bankgeheimnis erodiert und die Schweiz diskutiert unter dem massiven Druck ausländischer Akteure eine Weissgeldstrategie.

#### **Landwirtschaft:**

- Der Ständerat beschloss Massnahmen zur Sicherung eines Selbstversorgungsgrads bei Nahrungsmitteln von mindestens 60 Prozent.
- Mit knapper Mehrheit schuf das Parlament im Landwirtschaftsgesetz eine Bilanzreserve zur Finanzierung von Begleitmassnahmen zu möglichen Freihandelsabkommen.
- Der Nationalrat verabschiedete einen Antrag, mit dem die Allgemeinverbindlichkeit für ein neues von den Produzenten bewirtschaftetes Milchmengensteuerungsmodell festgelegt werden soll.
- Das Parlament stimmte einer Verlängerung des GVO-Moratoriums in der Landwirtschaft zu.
- Das Inkrafttreten des Cassis de Dijon-Prinzips provozierte erneut Vorstösse zur Sicherung der Nahrungsmittelqualität.
- Das Parlament beschloss, den Schutz des Wolfs einzuschränken.

- Die Initiative für einen Tierschutzanwalt wurde mit 70.5 Prozent Nein-Stimmen und in allen Kantonen verworfen.

#### **Öffentliche Finanzen:**

- Das Stimmvolk lehnte eine Volksinitiative für mehr Steuergerechtigkeit mit 58.5 Prozent ab.
- Das Parlament lehnte eine radikale Vereinfachung der Mehrwertsteuer ab und wies die Vorlage an den Bundesrat zurück.
- Die Staatsrechnung 2010 schloss mit einem Überschuss von CHF 3.6 Mia. und damit deutlich besser als erwartet.
- Das vom Parlament beschlossene Budget sah ein Defizit von CHF 600 Mio. vor.

#### **Energie:**

- Die SP lancierte eine eidgenössische Volksinitiative für «Neue Arbeitsplätze dank erneuerbaren Energien (Cleantech-Initiative)».
- Der Bundesrat verabschiedete die Verlängerung des SuisseEnergie Programms bis 2020.
- Die Landesregierung räumte eine einjährige Verspätung bei der Ausarbeitung der Revision des Elektrizitätsversorgungsgesetzes ein.
- National- und Ständerat stimmten einer Erhöhung des Wasserzinses und der Abgabe zur kostendeckenden Einspeisevergütung zu.
- Das Parlament beriet über die CO<sub>2</sub>-Abgabebefreiung fossilt thermischer Kraftwerke.

#### **Verkehr und Kommunikation:**

- Das Parlament sprach für den Infrastrukturfonds einen ausserordentlichen Beitrag von CHF 850 Millionen.
- Die Volksinitiative «für den öffentlichen Verkehr» kam zustande.
- Die beiden Kammern bewilligten die Kredite für die dringenden Agglomerationsprogramme und für die erste Etappe des Programms zur Beseitigung der Engpässe auf dem Nationalstrassennetz.
- Das BAV veröffentlichte das Konzept Bahn 2030.
- Während die Initiative «für eine starke Post» Ende Sommer zustande kam, nahm das Parlament ein neues Postgesetz an, worin es sich gegen die Abschaffung des Restmonopols der Post aussprach.
- Das Parlament nahm die erste der drei Teilrevisionen zum Luftfahrtgesetz an.

#### **Raumplanung und Wohnungswesen:**

- Der Bundesrat präsentierte seinen indirekten Gegenvorschlag zur Landschaftsinitiative in Form einer Teilrevision des Raumplanungsgesetzes, welcher vom Ständerat in verschiedener Hinsicht konkretisiert wurde.
- Das Parlament verabschiedete die flankierenden Massnahmen zur Aufhebung der Lex Koller als indirekten Gegenvorschlag zur Zweitwohnungs-Initiative.
- Der Nationalrat trat zum zweiten Mal nicht auf die Mietrechtsrevision ein und versenkte das Geschäft somit.
- Der Bundesrat präsentierte seine Botschaft zur Volksinitiative «Sicheres Wohnen im Alter».
- Der Nationalrat beantragte die Annahme von zwei Volksinitiativen zu steuerlich privilegiertem Bausparen; der Ständerat hingegen setzte sich für die Erarbeitung eines indirekten Gegenvorschlags ein.

#### **Umweltschutz:**

- Der Nationalrat empfahl die Volksinitiativen «für ein gesundes Klima» und «für menschenfreundliche Fahrzeuge (Offroad-Initiative)» zur Ablehnung und befürwortete in beiden Fällen einen indirekten Gegenvorschlag.
- Die Volksinitiative «Lebendiges Wasser» wurde zu Gunsten des vom Parlament im Vorjahr angenommenen indirekten Gegenvorschlags zurückgezogen.
- Mit seinem erneuten Entscheid auf Nichteintreten beschloss der Nationalrat definitiv, die Durchführungsprotokolle zur Alpenkonvention nicht zu ratifizieren.
- Entgegen dem Antrag des Bundesrates verlängerte das Parlament den Fonds Landschaft Schweiz um weitere 10 Jahre.

#### **Bevölkerung und Arbeit:**

- Die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz betrug am Ende des Berichtsjahres etwas mehr als 7.8 Millionen Personen.
- Die Arbeitslosenquote zeigte sich relativ robust, sie betrug im Mittel 3.9 Prozent.
- Der Nominallohn stieg um 0.8 Prozent an, die Reallöhne blieben nahezu unverändert.
- Es wurden mehrere neue GAVs – bei Swissport und Dnata, der ISS Aviation, der Swiss,

der SBB und dem deutschen Discounter Lidl – abgeschlossen.

#### **Gesundheit, Sozialhilfe, Sport:**

- Der Nationalrat verabschiedete Massnahmen zur Integration von komplementärmedizinischen Kenntnissen in die Ausbildung von Medizinalpersonen.
- Die grosse Kammer nahm verschiedene Vorstösse (siehe auch hier) an, welche im Bereich der Pflege eine Weiterbildungs- und Ausbildungsoffensive starten wollen.
- Der Bundesrat schickte ein neues Alkoholgesetz in die Vernehmlassung.
- Bund, Kantone, Gemeinden und Städte trafen sich im November anlässlich einer ersten nationalen Armutskonferenz.
- National- und Ständerat berieten die Botschaft zum Sportförderungsgesetz.

#### **Sozialversicherungen:**

- Der Nationalrat lehnte die leistungsseitigen Massnahmen der 11. AHV-Revision ab.
- Das Parlament (Ständerat, Nationalrat) behandelte ein erstes Massnahmenpaket der 6. IV-Revision.
- National- und Ständerat nahmen die Revisionen des BVG bezüglich der Finanzierung öffentlich-rechtlicher Vorsorgeeinrichtungen und die Strukturreform der beruflichen Vorsorge an.
- Das Volk lehnte die Anpassung des Mindestumwandlungssatzes in der beruflichen Vorsorge ab.
- Der Nationalrat lehnte die Revision des KVG mit den Massnahmen zur Eindämmung der Kostenentwicklung ab und behandelte die KVG-Revision zu Managed-Care.
- Der Nationalrat wies die Revision der Unfallversicherung zurück an den Bundesrat.
- Parlament und Volk nahmen die 4. Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes an.

#### **Soziale Gruppen:**

- Volk und Stände hiessen im Berichtsjahr eine Volksinitiative zur Ausschaffung krimineller Ausländer gut; der Gegenvorschlag des Parlaments wurde hingegen abgelehnt.
- Die eidgenössischen Räte verabschiedeten ein Bundesgesetz über die Koordination des Asyl- und des Auslieferungsverfahrens.
- Ein Komitee aus christlich-konservativen Kreisen lancierte eine Volksinitiative zur Streichung der Abtreibungskosten aus dem Leistungskatalog der obligatorischen Krankenversicherung.
- National- und Ständerat stimmten einer Verlängerung der Anschubfinanzierung für familien- und schulergänzende Kinderbetreuungsangebote zu.
- Der Bundesrat unterbreitete dem Parlament eine Totalrevision des Jugendförderungsgesetzes.

#### **Bildung und Forschung:**

- Die Schweiz unterzeichnete im Berichtsjahr ein Bildungsabkommen mit der EU.
- Die Romandie und das Tessin verabschiedeten im Juni einen gemeinsamen Lehrplan für die obligatorische Schule.
- In der Herbstsession verabschiedete die kleine Kammer ein neues Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich.
- Der Verband der Schweizer Studierendenschaften lancierte im Berichtsjahr eine Volksinitiative für höhere und schweizweit einheitliche Stipendien.
- In der Volksabstimmung vom 7. März wurde ein neuer Verfassungsartikel über die Forschung am Menschen mit 77.2 Prozent der Stimmen gutgeheissen.

#### **Kultur, Sprache, Kirchen:**

- Das EDI eröffnete das Anhörungsverfahren zur Kulturbotschaft.
- Das Bundesgesetz über die Buchpreisbindung ging nach der Detailberatung des Ständerates in die Differenzbereinigung.
- Die Verordnung zum Sprachengesetz trat per 1. Juli in Kraft.
- Die Schweizerische Bischofskonferenz verstärkte ihr Engagement zur Bekämpfung von sexuellem Missbrauch in der katholischen Kirche.
- Das Ergebnis der Minarett-Initiative entpuppte sich als Ausgangspunkt einer intensiven politischen Debatte zur Rolle des Islam in der Schweiz.

#### **Medien:**

- Anlässlich der Postgesetzrevision beschloss das Parlament die Weiterführung der indirekten Presseförderung; gleichzeitig erging der Auftrag an den Bundesrat, Alternativen dazu zu prüfen.



- Sowohl in der Deutsch- als auch in der Westschweiz setzte sich die Bereinigung auf dem Pressemarkt mit wesentlichen Änderungen der Besitzverhältnisse bei den Verlagshäusern Basler Zeitung Medien, Tamedia, NZZ und Rhône Media AG fort.
- Die SRG kämpfte mit dem fünften Defizit in Folge, setzte ihr Konvergenzprojekt aber zu wichtigen Teilen um.
- Das MEDIA-Abkommen Schweiz-EG trat zusammen mit einer Lockerung der Werbevorschriften für öffentliches und privates TV in Kraft.
- Der Bundesrat setzte eine Arbeitsgruppe zur Erarbeitung einer Cyber-Defense-Strategie ein und verabschiedete das Präventionsprogramm «Jugendmedienschutz und Medienkompetenz».
- Das Seco lancierte zur Verbesserung der Sicherheit im elektronischen Datenverkehr das Pilotprojekt Suisse-ID.

AUTRE  
DATE: 31.12.2010  
MARC BÜHLMANN

**Qu'est-ce qui figurait à l'agenda politique suisse en 2010?** Quelles étaient les affaires les plus importantes au Parlement? Et qu'est-ce qui a interpellé le public intéressé par la politique? Les événements les plus importants en 2010 sont résumés ci-dessous et ensuite listés par thème. Les liens vous mèneront directement à ces objets et événements clés de l'année en cours. Hier finden Sie die deutsche Version dieses Artikels.

Pour la cinquième année consécutive, il y a eu un **remaniement gouvernemental** en 2010. Après le retrait du conseiller fédéral Deiss (pdc) en 2006, la non réélection du conseiller fédéral Blocher (udc) en 2007, ainsi que les démissions de Samuel Schmid (udc), en 2008, et Pascal Couchepin (plr), en 2009, deux autres conseillers fédéraux ont quitté leur fonction en 2010. Moritz Leuenberger (ps) et Hans-Rudolf Merz (plr) ont été remplacés par Simonetta Sommaruga (ps) et Johann Schneider-Ammann (plr). Ces deux sièges ont été attaqués par l'UDC. Le siège du PLR a en outre été contesté par les Verts. Ni Jean-François Rime (udc), ni Brigit Wyss (pe) n'ont toutefois obtenu les voix nécessaires. La composition du gouvernement ne semble toutefois guère stabilisée. Premièrement, la démission de Micheline Calmy-Rey (ps) au terme de la législature semble probable et, deuxièmement, la répartition des sièges entre les partis est toujours aussi âprement critiquée par l'UDC. Invoquant son statut de premier groupe parlementaire, cette dernière revendique en effet un deuxième siège. Les élections fédérales de 2011 promettent d'être passionnantes du point de vue de la composition du gouvernement.

À la faveur de ce remaniement, près de 40 ans après l'introduction du suffrage féminin et pour la première fois dans l'histoire de la Suisse, une **majorité de femmes** siègent au gouvernement. Quatre des sept conseillers fédéraux sont des femmes. Par ailleurs, au cours de l'année sous revue, les trois fonctions politiques les plus importantes ont été occupées par des femmes. Doris Leuthard (pdc) a assuré la présidence de la Confédération, alors que Pascale Bruderer Wyss (ps) et Erika Forster-Vannini (plr) ont respectivement présidé le Conseil national et le Conseil des Etats. Ceci étant, les femmes sont demeurées nettement minoritaires dans les parlements national et cantonaux. Les élections parlementaires, qui ont eu lieu dans huit cantons au cours de l'année sous revue, ont même vu la proportion de femmes parmi les élus régresser.

2010 est demeurée sous le signe de la résolution des diverses **crises** des années précédentes. Le Conseil fédéral a enduré de nombreuses critiques pour sa gestion des dites crises. On lui a notamment reproché un déficit de pilotage, un manque de confiance mutuelle entre les membres du collège et une politique d'information mal coordonnée. L'affaire UBS, la crise libyenne, l'absence de coordination des annonces de démission des conseillers fédéraux Leuenberger et Merz, ainsi que l'importante rocade dans la répartition des départements ont été interprétées comme les signes d'une perte de concordance et de collégialité. Le lancement d'une initiative pour l'élection du Conseil fédéral par le peuple et de nombreuses propositions en faveur d'une réforme du gouvernement en ont été les conséquences.

En matière de **politique étrangère**, il a également été question de résoudre des crises. En conséquence de l'assouplissement du secret bancaire induit par la conformation aux standards de l'OCDE concernant l'entraide administrative en matière fiscale, de nombreuses conventions bilatérales de double imposition ont été conclues. L'accord d'entraide administrative avec les Etats-Unis a dû être converti en un traité, par lequel la Suisse s'est engagée à fournir des données de clients de l'UBS. L'approbation de ce traité par le parlement s'est faite dans la douleur. L'UDC et le PS ont posé des conditions à leur soutien. Le PS n'a obtenu gain de cause ni pour sa revendication de

soumettre le secteur bancaire à des règles plus sévères, ni pour son exigence de réglementer les bonus des managers. Après de longues tergiversations et une volte-face de l'UDC, le traité a finalement été adopté.

L'UE a poursuivi ses attaques contre le système fiscal suisse et exigé un échange automatique de données en matière fiscale. Jugeant que la voie bilatérale avait atteint ses limites, elle a en outre fait savoir qu'elle n'était pas prête à négocier avec la Suisse sur des dossiers aussi divers que nombreux. Dans son rapport sur la politique européenne, le Conseil fédéral a cependant réaffirmé sa volonté de poursuivre sur la voie bilatérale.

Le Conseil fédéral a présenté son **rapport sur l'armée**, qui prévoit une réduction des effectifs à 80'000 hommes et une facture annuelle globale de CHF 4.4 milliards. L'achat de nouveaux avions de combat a été repoussé à 2015 en raison de moyens financiers insuffisants, raison pour laquelle le GSsA a retiré son initiative pour un moratoire sur l'achat de nouveaux avions militaires.

Au cours de l'année sous revue, la Suisse a connu une **reprise conjoncturelle**. Le PIB nominal a crû de 2 pourcent et la performance économique a retrouvé les valeurs d'avant-crise. La reprise s'est également traduite dans les **comptes d'Etat**, qui – contre toute attente – ont affiché un excédent de CHF 3.6 milliards. La quote-part étatique a légèrement reculé à 0.1 pourcent. Le taux de chômage est quant à lui passé de 4.5 à 3.8 pourcent, mais il est demeuré en moyenne 0.2 pourcent plus élevé que l'année précédente. La Banque nationale a contribué à la reprise grâce à sa politique monétaire expansive. La crise européenne de la dette publique et l'évolution incertaine de l'économie américaine ont causé une forte revalorisation du franc par rapport à l'euro et au dollar. La Banque nationale est intervenue massivement sur le marché des devises afin de soutenir l'industrie d'exportation. Au cours de l'année sous revue, la valeur du franc a crû de 17 pourcent par rapport à l'euro et de 11 pourcent par rapport au dollar, entraînant des conséquences anticonjoncturelles au second semestre.

En 2010, les citoyennes et les citoyens ont été appelés aux **urnes** pour se prononcer sur sept objets fédéraux. La gauche, qui a lancé avec les syndicats des référendums contre des **réformes des assurances sociales**, a connu un succès variable. Victorieuse avec le référendum contre l'abaissement du taux minimal de conversion du deuxième pilier, elle a par contre perdu la lutte contre les restrictions de durée et de montant des indemnités journalières introduites dans la loi sur l'assurance chômage. L'article constitutionnel relatif à la **recherche sur l'être humain**, qui donne à la Confédération la possibilité de réglementer la recherche de manière uniforme pour toute la Suisse, tout en protégeant la dignité et la personnalité humaines et en garantissant la liberté scientifique, a été peu contesté. Soumis au référendum obligatoire, il a été accepté avec plus de trois quarts des voix. Trois **initiatives** ont en outre été soumises au peuple et aux cantons. Ni l'initiative en faveur de l'institution d'un avocat pour les animaux, ni celle en faveur d'une plus grande justice fiscale, qui visait à modérer la concurrence fiscale intercantonale, n'ont connu le succès, à l'inverse de l'initiative sur le renvoi de l'UDC. Celle-ci exige que les étrangères et les étrangers condamnés pénalement pour certains délits et crimes se voient retirer leur titre de séjour et expulser du territoire suisse. Au préalable, le parlement avait longuement et vivement discuté de la validité de l'initiative, ainsi que d'un contre-projet, qui fut cependant rejeté par le peuple. L'initiative pour le renvoi, comme celle contre les minarets, l'année précédente, ainsi qu'une troisième initiative en faveur de la réintroduction de la peine de mort, lancée au cours de l'année sous revue et presque immédiatement retirée, ont alimenté la discussion sur la compatibilité des initiatives populaires avec le droit international et les droits de l'homme. Alors que, d'un côté, on a discuté des possibilités d'améliorer le contrôle de cette compatibilité, évoquant même la proposition d'instituer une cour constitutionnelle, de l'autre, on a essayé, notamment de la part de l'UDC, à travers diverses propositions, toutes refusées, d'affirmer formellement la primauté du droit national sur le droit international.

#### **Problèmes politiques fondamentaux:**

- À l'avenir, l'hymne national sera joué au parlement au début de la législature.
- Les principales préoccupations au sein de la population sont la peur du chômage et du changement climatique.
- Le pavillon suisse à l'Exposition universelle de Shanghai a attiré de nombreux visiteurs.

#### **Ordre juridique:**



- La protection des données a fait débat dans le cadre de la révision de la loi sur l'organisation du gouvernement et de l'administration.
- Le rapport d'enquête sur la base de données ISIS a réveillé le souvenir de l'affaire des fiches du début des années 1990.
- L'introduction du droit de vote communal ou cantonal des étrangers a été nettement rejetée dans plusieurs cantons.
- Plusieurs propositions individuelles en faveur d'un durcissement du droit pénal ont été adoptées.
- Le système d'alerte pour les enlèvements d'enfants entrera en fonction début 2011.
- La criminalité sur Internet et les instruments pour y faire face ont suscité d'intenses débats.
- Le Conseil national a décidé de donner suite à une pétition de la Fédération suisse des fonctionnaires de police.
- Les chambres ont traité l'initiative sur les armes.

#### **Institutions et droits populaires:**

- Deux conseillers fédéraux se sont retirés au cours de l'année sous revue: le parlement a élu Simonetta Sommaruga (PS) et Johann Schneider-Ammann (PLR) pour remplacer Moritz Leuenberger et Hans-Rudolf Merz; des candidatures de combat de l'UDC et des Verts ont échoué.
- D'importants changements sont survenus dans la répartition des départements.
- De nombreuses propositions ont exigé une réforme en profondeur du gouvernement; le Conseil fédéral y a répondu avec un premier projet.
- L'Assemblée fédérale sera dorénavant mieux et plus rapidement informée des réglementations urgentes adoptées par le gouvernement.
- Une ordonnance doit améliorer la représentation des langues nationales au sein de l'administration fédérale.
- Le parlement s'est octroyé la compétence d'élire le Ministère public de la Confédération et les autorités de surveillance.
- La question de la compatibilité entre les initiatives populaires et le droit international public a été vivement débattue.

#### **Structures fédéralistes:**

- La tendance à une utilisation accrue du droit d'initiative par les cantons s'est confirmée.
- Le nombre de communes a connu une nouvelle diminution en raison de fusions.
- Dans les deux Bâle et dans l'Arc jurassien, l'idée d'une fusion des cantons a été avancée.
- Le conseiller aux Etats tessinois Dick Marty a été élu à la présidence de l'Assemblée interjurassienne.

#### **Elections:**

- Dans les cantons de Berne, de Glaris et des Grisons, le PBD et l'UDC se sont affrontés pour la première fois. Les deux partis ont tiré profit de la lutte électorale.
- Les Verts libéraux ont conquis des mandats parlementaires dans trois cantons supplémentaires.
- A Berne, la majorité gouvernementale rose-verte a pu se maintenir.
- Pour la deuxième fois de son histoire, le canton d'Appenzell Rhodes Intérieures a connu l'élection d'une femme au gouvernement.
- L'UDC a gagné de nouveaux sièges dans les exécutifs cantonaux: elle a conquis un deuxième mandat gouvernemental à Nidwald et à Zoug et fait son entrée dans le gouvernement d'Uri lors d'une élection complémentaire.

#### **Politique étrangère:**

- Le parlement a chargé le gouvernement de modifier la base légale afin que ce dernier ne puisse conclure seul des traités internationaux.
- Le Conseil fédéral a proposé un contre-projet à l'initiative de l'ASIN visant au renforcement des droits populaires dans la politique étrangère.
- L'UE a attaqué à de multiples reprises le système fiscal helvétique en exigeant un échange automatique d'informations.
- Dans son rapport sur la politique européenne, le Conseil fédéral a considéré que la voie bilatérale est, à court terme, la voie la plus praticable.
- Le parlement a exigé que le Conseil fédéral fasse des propositions afin d'atteindre l'objectif de 0.5 pourcent du RNB en 2015 pour l'aide au développement. Le gouvernement s'est exécuté à la fin de l'année.
- Les deux otages en Libye ont été libérés après l'intervention de l'UE. Le Conseil fédéral a été fortement critiqué pour sa gestion collective de l'affaire.

**Armée:**

- Le Conseil fédéral a finalement publié son rapport sur la sécurité. Il a été fortement critiqué pour l'absence de ligne politique claire. Le Conseil des Etats en a pris acte avec scepticisme.
- Après de multiples reports, le gouvernement a présenté son rapport sur l'armée. Il préconise la réduction des effectifs de l'armée à 80'000 et le maintien du budget annuel aux alentours de CHF 4.4 milliards.
- Le parlement a accepté la modification de la loi sur l'armée et l'administration militaire.
- Le parlement a adopté des motions remaniant les modifications prévues pour la ratification de la Convention d'Oslo sur les armes à sous-munitions.
- Le Conseil fédéral a décidé de repousser à une date indéterminée le remplacement des F-5 Tiger pour des raisons budgétaires.
- L'augmentation des demandes de service civil a entraîné le dépôt de nombreuses interventions parlementaires. Le rapport présenté par le gouvernement considère que cette augmentation ne met pas en péril les effectifs de l'armée.

**Politique économique:**

- Durant l'année 2010, l'activité économique suisse s'est stabilisée au niveau d'avant-crise, à l'exception des exportations de marchandises.
- La crise européenne de la dette des Etats et la faiblesse économique des Etats-Unis a provoqué l'envol du cours du franc et comprimé les marges de l'économie d'exportation.
- Le principe du Cassis de Dijon est entré en vigueur, toutefois la question de la qualité des denrées alimentaires a continué d'agiter les esprits.
- Le Conseil fédéral envisage une révision partielle de la loi fédérale sur les marchés publics afin de combattre les dépenses supplémentaires générées par des décisions d'affectation bloquées.
- Le désaccord des chambres relatif au traitement de l'initiative contre les rémunérations abusives a compliqué et retardé la révision du droit de la société anonyme et du droit comptable.

**Crédit et monnaie:**

- La Banque nationale s'en est tenue à une politique monétaire expansive et a enregistré une perte consolidée de CHF 19.2 milliards.
- Le franc suisse a massivement gagné en valeur.
- Le risque systémique des banques trop grandes pour faillir («too big too fail») est traité à travers une révision de la loi sur les banques.
- Après de multiples manœuvres politiques de l'UDC et du PS, le parlement a adopté in extremis l'accord entre la Suisse et les Etats-Unis relatif à l'UBS.
- Le secret bancaire s'affaiblit et la Suisse discute d'une stratégie «argent propre» sous la pression massive d'acteurs étrangers.

**Agriculture:**

- Le Conseil des Etats a décidé de prendre des mesures afin que la production réponde aux exigences de la souveraineté alimentaire et assure un auto-approvisionnement atteignant 60 pourcent.
- Le parlement a décidé de justesse de constituer une réserve dans la loi sur l'agriculture destinée aux mesures d'accompagnement d'un hypothétique accord de libre-échange.
- Le Conseil national a adopté une motion qui attribue le statut de force obligatoire à un nouveau modèle de régulation des quantités de lait géré par les producteurs.
- Les deux chambres ont décidé de prolonger le moratoire sur l'utilisation d'OGM dans l'agriculture.
- L'entrée en vigueur du principe du Cassis de Dijon a été suivie de réactions musclées dénonçant une baisse de la qualité des produits.
- Le parlement a décidé d'entamer des démarches afin d'amoindrir le niveau de protection du loup en Suisse.
- L'initiative pour un avocat des animaux a été rejetée par 70.5 pourcent des votants et la totalité des cantons.

**Finances publiques:**

- Le peuple a rejeté à 58.5 pourcent une initiative populaire pour plus de justice fiscale.
- Le parlement a refusé une simplification drastique de la TVA et renvoyé l'objet au Conseil fédéral.

- Les comptes 2010 ont affiché un excédent de recettes de CHF 3.6 milliards, nettement supérieur aux prévisions.
- Le budget 2011 adopté par le parlement prévoit un déficit de CHF 600 millions.

#### **Energie:**

- Le PS a lancé une initiative populaire fédérale baptisée «De nouveaux emplois grâce aux énergies renouvelables (initiative cleantech)».
- Le Conseil fédéral a décidé le renouvellement pour une durée de dix ans du programme SuisseEnergie.
- Le gouvernement a annoncé un retard d'une année dans l'élaboration de la révision de la loi sur l'approvisionnement électrique.
- Les chambres ont approuvé l'augmentation progressive de la redevance hydraulique et la hausse de la redevance pour la rétribution à prix coûtant du courant vert.
- Le parlement a reconduit l'exemption de la taxe sur le CO2 des centrales à combustibles fossiles.

#### **Transports et communications:**

- Le parlement a décidé le versement d'une contribution extraordinaire de CHF 850 millions au fonds d'infrastructure.
- L'initiative populaire «pour les transports publics» a abouti.
- Les chambres ont alloué les crédits en faveur des programmes d'agglomération urgents et de la première étape du programme d'élimination des goulets d'étranglement des routes nationales.
- L'OFT a rendu public le concept Rail 2030.
- Alors que l'initiative populaire «Pour une poste forte» a abouti à la fin de l'été, les chambres ont adopté le projet de nouvelle législation postale après avoir renoncé à la suppression du monopole résiduel de La Poste.
- Le parlement a adopté la première des trois révisions partielles de la loi sur l'aviation.

#### **Aménagement du territoire et logement:**

- Le Conseil fédéral a présenté son contre-projet indirect à l'initiative pour le paysage sous la forme d'une révision partielle de la loi sur l'aménagement du territoire; le Conseil des Etats l'a approuvé après l'avoir amendé.
- Le parlement a adopté les mesures d'accompagnement de la suppression de la Lex Koller au titre de contre-projet indirect à l'initiative sur les résidences secondaires.
- Le Conseil national a refusé une seconde fois d'entrer en matière sur la révision du droit du bail, liquidant ainsi l'objet.
- Le Conseil fédéral a présenté le message relatif à l'initiative «sécurité du logement à la retraite».
- Le Conseil national a recommandé l'approbation de deux initiatives populaires pour un traitement fiscal privilégié de l'épargne logement; à l'inverse, le Conseil des Etats s'est prononcé en faveur de l'élaboration d'un contre-projet indirect.

#### **Protection de l'environnement:**

- Le Conseil national a recommandé le rejet des initiatives populaires «pour un climat sain» et «pour des véhicules plus respectueux des personnes et de l'environnement» et approuvé pour chacune d'elles un contre-projet indirect.
- L'initiative populaire «Eaux vivantes» a été retirée en faveur du contre-projet indirect adopté par le parlement l'année précédente.
- Suite au second refus d'entrer en matière du Conseil national, le projet de ratification des protocoles de mise en œuvre de la Convention alpine a été définitivement liquidé.
- Contre l'avis du Conseil fédéral, le parlement a renouvelé le Fonds suisse pour le paysage pour une durée de dix ans.

#### **Population et travail:**

- La population résidente permanente de la Suisse a franchi la barre des 7.8 millions de personnes à la fin de l'année sous revue.
- Le nombre de chômeurs est demeuré relativement élevé, atteignant 3.9 pourcent en moyenne.
- Le salaire nominal a progressé de 0.8 pourcent, alors que les salaires réels sont demeurés pratiquement inchangés.
- Plusieurs nouvelles conventions collectives de travail - à Swissport et Dnata, ISS Aviation, Swiss, CFF et à Lidl - ont été conclues.

#### **Santé, assistance sociale, sport:**

- Le Conseil national a adopté des mesures pour inclure des connaissances de médecines complémentaires dans la formation du personnel médical.

- La chambre basse a accepté diverses propositions (voir aussi la) afin de lancer une campagne de formation continue et de formation de base dans le domaine des soins.
- Le Conseil fédéral a mis en consultation une nouvelle loi sur l'alcool.
- La Confédération, les cantons, les communes et les villes se sont rencontrés en novembre dans le cadre d'une première conférence nationale sur la pauvreté.
- Le Conseil national et le Conseil des Etats ont débattu du message relatif à la loi sur l'encouragement au sport.

#### **Assurances sociales:**

- Le Conseil national a refusé les mesures relatives aux prestations de la 11e révision de l'AVS.
- Le parlement (Conseil d'états, Conseil national) a traité le premier paquet de mesures de la 6e révision de l'Al.
- Les chambres ont approuvé les révisions de la LPP concernant le financement des institutions de prévoyance de droit public et la réforme des structures de la prévoyance professionnelle.
- Le peuple a rejeté l'adaptation du taux minimal de conversion des rentes LPP.
- Le Conseil national a refusé la révision de la LAMal comportant des mesures visant à contenir la croissance des coûts mais il a traité celle relative au Managed Care.
- La chambre basse a renvoyé au Conseil fédéral le projet de modification de la loi sur l'assurance accident.
- Le parlement et le peuple ont approuvé la 4e révision de la loi sur l'assurance chômage.

#### **Groupes sociaux:**

- Le peuple et les cantons ont approuvé l'initiative populaire pour le renvoi des criminels étrangers; le contre-projet du parlement a par contre été rejeté.
- Les chambres ont adopté une loi sur la coordination entre la procédure d'asile et la procédure d'extradition.
- Un comité issu des milieux chrétiens-conservateurs a lancé une initiative populaire pour la suppression du remboursement des coûts de l'avortement du catalogue de prestations de l'assurance maladie obligatoire.
- Les chambres ont décidé une prolongation des aides financières en faveur de l'accueil extrafamilial et extrascolaire des enfants.
- Le Conseil fédéral a soumis au parlement une révision totale de la loi sur les activités de jeunesse.

#### **Enseignement et recherche:**

- La Suisse a signé un accord sur la formation avec l'UE.
- La Romandie et le Tessin ont adopté un plan d'études commun pour l'école obligatoire.
- Lors de la session d'automne, la chambre haute a adopté une nouvelle loi fédérale sur l'aide aux universités et la coordination dans le domaine des hautes écoles.
- L'Union nationale des étudiants de Suisse a lancé une initiative populaire en faveur d'une unification nationale et d'une hausse générale des bourses d'études.
- Lors de la votation populaire du 7 mars, un nouvel article constitutionnel concernant la recherche sur l'être humain a été approuvé par 77.2 pourcent des voix.

#### **Culture, langues, églises:**

- Le DFI a lancé une procédure d'audition concernant le message sur la culture.
- Après les délibérations du Conseil des Etats, le projet de loi fédérale sur la réglementation du prix du livre est allé en procédure d'élimination des divergences.
- L'ordonnance d'application de la loi sur les langues est entrée en vigueur le 1er juillet.
- La Conférence des évêques suisses a renforcé son engagement dans la lutte contre les abus sexuels au sein de l'Eglise catholique.
- Le résultat du vote sur l'initiative anti-minarets a débouché sur un intense débat politique au sujet du rôle de l'Islam en Suisse.

#### **Médias:**

- Lors de la révision de la loi sur la Poste, le parlement a décidé de maintenir l'aide indirecte à la presse; le Conseil fédéral s'est par ailleurs vu confier l'examen d'alternatives à celle-ci.
- Autant en Suisse alémanique qu'en Suisse romande, la concentration du marché de la presse s'est poursuivie à travers des changements importants de propriétaire au sein des maisons d'édition de Basler Zeitung Medien, de Tamedia, de NZZ et de Rhône Media SA.
- La SSR a fait face à son cinquième déficit successif, parvenant toutefois à réaliser les

parties les plus importantes de son projet de convergence.

– L'accord MEDIA entre la Suisse et l'UE est entré en vigueur. Il assouplit les prescriptions publicitaires pour les télévisions publiques et privées. Le Conseil fédéral a créé un groupe de travail chargé d'élaborer une stratégie de cyber-défense et a adopté un programme de prévention «protection de la jeunesse face aux médias et compétences médiatiques».

– Le Seco a lancé le projet pilote Suisse-ID visant à améliorer la sécurité de la transmission électronique de données.

### Identité nationale

DÉBAT PUBLIC  
DATE: 01.08.2017  
SAMUEL BERNET

Die SGG ergriff im Berichtsjahr neue Massnahmen, um der 2015 mittels eines Wettbewerbs auserkorenen **inoffiziellen Nationalhymne** weiteren Schub zu verleihen. So sei der Text nochmals in allen Landessprachen leicht überarbeitet worden und es seien erneut sämtliche Veranstalter von 1.-August-Feiern gebeten worden, den Hymnen-Vorschlag der SGG ins Festprogramm aufzunehmen. Die grösste Aufmerksamkeit erregte jedoch die Gründung eines Komitees mit vielen prominenten Befürworterinnen und Befürwortern der neuen Hymne. Im 70-köpfigen Gremium befanden sich neben Persönlichkeiten aus Kultur, Wirtschaft und Sport auch die drei Alt-Bundesrätinnen Ruth Dreifuss, Ruth Metzler und Eveline Widmer-Schlumpf sowie Alt-Bundesrat Moritz Leuenberger. Der ehemalige SP-Bundesrat Leuenberger gestand auf der SGG-Webseite, dass er beim Singen der offiziellen Hymne am Schluss oft nur noch die Lippen bewegt habe, weil er die «schwülstigen Teile» nicht habe auswendig lernen wollen. Und die ehemalige CVP-Magistratin Ruth Metzler bekannte sich zur neuen Hymne, weil diese vielsagender sei als die offizielle Landeshymne und der Vielfalt der Schweiz «ausgezeichnet Rechnung trägt». So habe sie die Hymne der SGG an der letztjährigen 1. August-Feier auf dem Rütli mit «grosser Freude und Überzeugung gesungen». SGG-Geschäftsführer Lukas Niederberger sagte im St. Galler Tagblatt, dass es der SGG nicht darum ginge, den neuen Text möglichst rasch zur neuen offiziellen Hymne zu machen. Vielmehr solle damit eine Diskussion angeregt werden, was eine Hymne beinhalten sollte und «welche Werte uns heute und morgen leiten sollten».<sup>1</sup>

---

1) Komitee für den neuen Text der Schweizer Nationalhymne, Stand Juni 2018; AZ, NZZ, SGT, 21.7.17; TG, 27.7.17; AZ, TA, 28.7.17; AZ, LT, 31.7.17